



Wortprotokoll der 18. Sitzung

Ausschuss für Kultur und Medien

Berlin, den 5. November 2014, 15:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E.700

Vorsitz: Siegmund Ehrmann, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 6**

Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin
Bericht über den Sachstand

BKM Staatsministerin Monika Grütters

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 15**

a) 25 Jahre nach dem Mauerfall

Gespräch mit:

Marianne Birthler

Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Rainer Wagner, Bundesvorsitzender Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.

Dr. Olaf Weißbach, Geschäftsführer Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.



Für die Bundesregierung:

Iris Gleicke, Parlamentarische Staatssekretärin im BMWi und Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

Monika Grütters, Staatsministerin, BKM

b) Unterrichtung durch die Bundesregierung

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2014

BT-Drucksache 18/2665

Federführend:

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Mitberatend:

Innenausschuss

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Verteidigungsausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Johannes Selle [CDU/CSU]

Abg. Hiltrud Lotze [SPD]

Abg. Sigrid Hupach [DIE LINKE.]

Abg. Dr. Harald Terpe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

c) Entschließungsantrag der Abgeordneten Roland Claus, Caren Lay, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2014

-18/2665-

BT-Drucksache 18/2751

Federführend:

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Mitberatend:

Innenausschuss

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Verteidigungsausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Johannes Selle [CDU/CSU]

Abg. Hiltrud Lotze [SPD]

Abg. Sigrid Hupach [DIE LINKE.]

Abg. Dr. Harald Terpe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]



Sitzung des Ausschusses Nr. 22 (Ausschuss für Kultur und Medien)
Mittwoch, 5. November 2014, 15:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Bertram, Ute	<i>[Handwritten Signature]</i>	Bergner Dr., Christoph	<i>[Handwritten Signature]</i>
Freudenstein Dr., Astrid	<i>[Handwritten Signature]</i>	Groden-Kranich, Ursula	<i>[Handwritten Signature]</i>
Gundelach Dr., Herlind	<i>[Handwritten Signature]</i>	Koschyk, Hartmut	<i>[Handwritten Signature]</i>
Heveling, Ansgar	<i>[Handwritten Signature]</i>	Kretschmer, Michael	<i>[Handwritten Signature]</i>
Magwas, Yvonne	<i>[Handwritten Signature]</i>	Lengsfeld Dr., Philipp	<i>[Handwritten Signature]</i>
Petzold, Ulrich	<i>[Handwritten Signature]</i>	Lindholz, Andrea	<i>[Handwritten Signature]</i>
Selle, Johannes	<i>[Handwritten Signature]</i>	Michalk, Maria	<i>[Handwritten Signature]</i>
Wanderwitz, Marco	<i>[Handwritten Signature]</i>	Motschmann, Elisabeth	<i>[Handwritten Signature]</i>
Wöhrl, Dagmar G.	<i>[Handwritten Signature]</i>	Zertik, Heinrich	<i>[Handwritten Signature]</i>
SPD		SPD	
Blienert, Burkhard	<i>[Handwritten Signature]</i>	Bülow, Marco	<i>[Handwritten Signature]</i>
Dörmann, Martin	<i>[Handwritten Signature]</i>	Högl Dr., Eva	<i>[Handwritten Signature]</i>
Ehrmann, Siegmund	<i>[Handwritten Signature]</i>	Kahrs, Johannes	<i>[Handwritten Signature]</i>
Jantz, Christina	<i>[Handwritten Signature]</i>	Klingbeil, Lars	<i>[Handwritten Signature]</i>
Lotze, Hiltrud	<i>[Handwritten Signature]</i>	Schmidt (Aachen), Ulla	<i>[Handwritten Signature]</i>
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Hupach, Sigrid	<i>[Handwritten Signature]</i>	Behrens, Herbert	<i>[Handwritten Signature]</i>
Petzold (Havelland), Harald	<i>[Handwritten Signature]</i>	Dehm Dr., Diether	<i>[Handwritten Signature]</i>
BÜ90/GR		BÜ90/GR	
Rößner, Tabea	<i>[Handwritten Signature]</i>	Kühn (Tübingen), Christian	<i>[Handwritten Signature]</i>
Schauws, Ulle	<i>[Handwritten Signature]</i>	Terpe Dr., Harald	<i>[Handwritten Signature]</i>



Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Kannapic	Linke	Sing
Mühlberg	Linke	W. Uls
WIESEN-KLIEFOTH	LINKE	J. Uls
Kunz	Linke	J.
Stausky	CDU/CSU	Stausky
Friedel	SPD	Friedel
Behr	CDU/CSU	J. Behr



Tagesordnungspunkt 1

Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin Bericht über den Sachstand

Staatsministerin **Monika Grütters** (BKM)

Der **Vorsitzende**: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie herzlich zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien. Aus besonderem Anlass werden wir uns heute sehr intensiv mit einem besonderen Gedenktag beschäftigen: dem Fall der Mauer vor 25 Jahren. Ein Thema wird ganz zu Anfang das nationale Freiheits- und Einheitsdenkmal sein.

Bevor ich in die Tagesordnung einführe, muss ich noch einige formelle Dinge ansprechen, zum einen betrifft das die Ton- und Bildaufnahmen, das sage ich insbesondere im Hinblick auf unsere Gäste. Ton- und Bildaufnahmen sind ausschließlich akkreditierten Journalistinnen und Journalisten vorbehalten. Das bitte ich zu beachten. Wir werden hier den Ton mitschneiden, denn üblicherweise wird von einer öffentlichen Sitzung ein Wortprotokoll erstellt. Das Wortprotokoll wird hinterher ins Netz gestellt und somit öffentlich zugänglich sein.

Zudem möchte ich mitteilen, dass in dieser Sitzung die Abgeordnete Steffi Lemke für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilnehmen und die Funktion des ansonsten stellvertretenden Mitglieds Dr. Harald Terpe für ihre Fraktion übernehmen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe einleitend festgestellt, dass wir heute dargelegt bekommen, wie es beim nationalen Freiheits- und Einheitsdenkmal weitergeht. Ich begrüße dazu sehr herzlich in unserer Runde Frau Staatsministerin Monika Grütters, zugleich aber auch unsere Partner bei diesem Projekt: Herrn Johannes Milla und Herrn Sebastian Letz von „Milla & Partner“. Wir haben vereinbart, dass Frau Grütters kurz einführt und wir sodann das aktuelle Modell präsentiert bekommen. Ich bitte Sie um ihren Beitrag, Frau Grütters.

Staatsministerin **Monika Grütters** (BKM): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich

freue mich sehr, so kurz vor dem 9. November hier zu diesem wichtigen Thema vortragen zu können. Es freut mich auch, dass wir mit einem sehr anschaulichen Aspekt unserer Erinnerungskultur in Bezug auf die SED-Diktatur und die friedliche Revolution beginnen können, nämlich mit dem Freiheits- und Einheitsdenkmal.

Nachdem ich im Mai zum letzten Mal in diesem Ausschuss zu diesem Thema vorgetragen habe und damals noch ein paar Problempunkte benennen musste, kann ich heute sagen, dass wir einen sehr deutlichen Fortschritt erreicht haben. Die Hauptschwierigkeiten, die wir bei dem Projekt hatten – ich nenne nur die Stichworte: Mosaik, Naturschutz und Barrierefreiheit –, sind einvernehmlich gelöst worden. Ganz maßgeblich dafür war ein Gespräch, das ich mit dem künftigen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, in seiner derzeitigen Eigenschaft als Senator für Stadtentwicklung geführt habe. Das Gespräch hat Anfang September den Durchbruch in der Sache gebracht, wir werden noch in diesem Jahr den Bauantrag stellen können.

Im Einzelnen: Sie wissen, das Hauptproblem stellten die freigelegten Mosaikdarstellungen dar. Die Mosaikdarstellungen werden fotografiert, dokumentiert und – so lautet jetzt die Vereinbarung mit Michael Müller – vollständig aus dem Sockel ausgebaut. Ein kleinerer Teil von ihnen wird künftig öffentlich zugänglich sein an einem noch zu ermittelnden Standort in der Nähe des Denkmals und damit auch in der Nähe des dann wieder auferstandenen Schlosses.

Das zweite Problem stellten die Fledermäuse dar, die jetzt zum Wasserwerk Tegel gebracht worden sind. Wir zahlen für Kompensationsmaßnahmen im Naturschutz in einer, wie ich finde, vertretbaren Größenordnung. Auch hier sind wir uns – Gott sei Dank – mit der Senatsverwaltung einig geworden.

Dann ist der barrierefreie Zugang geregelt worden. Dazu werden Herr Milla und Herr Letz Ihnen gleich noch etwas sagen. Wir haben uns mit dem Behindertenbeauftragten Berlins auf eine Rampensteigung von sechs Prozent verständigt. Auch das ist jetzt in die Planung aufgenommen und genehmigt worden.



Ganz wichtig ist, dass die Phase II der Sockelsanierung nun beendet ist. Mit Phase III kann erst begonnen werden, wenn das Denkmal tatsächlich errichtet wird. Für all diese Vorbereitungen werden wir jetzt um Baugenehmigung bitten. Die erforderlichen Abstimmungen und Planungen werden jetzt aktualisiert. Sie können sich vorstellen, dass es sich um eine relativ komplexe Zeit- und Kostenplanung handelt. Die haushaltsbegründenden Unterlagen sind bei allen zuständigen Häusern eingereicht. Es sind ja nicht gerade wenige beteiligt: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und Bundesministerium der Finanzen (BMF). Es sind also mehrere Bundesministerien und die Bundesbaudirektion beteiligt. Ein Bundestagsbeschluss von 2007 verpflichtet uns außerdem, den Haushaltsausschuss noch einmal mit dem Projekt zu befassen. Durch den Zeitverzug sind natürlich auch Mehrkosten entstanden, allerdings, wie wir glauben, in relativ moderater Größenordnung. Wir gehen davon aus, dass, wenn der Baubeginn nächstes Jahr erfolgen kann, wir ungefähr zwei Jahre für die Fertigstellung benötigen, wir also noch in dieser Legislaturperiode das Denkmal werden einweihen können.

Wir haben durch die Auseinandersetzungen mit Berlin viele Monate verloren, aber ich freue mich, dass wir jetzt gemeinsam und mit großem Elan weitermachen können. Ich freue mich, dass Sie beide, Herr Milla und Herr Letz, heute hier sind, uns über Ihr Konzept berichten und den Prototyp vorstellen, denn es handelt sich ja um etwas, was es so noch nie gegeben hat.

Wir haben eine große Zahl an Mahnmalen in Berlins Mitte, die an die Brüche unserer Geschichte erinnern. Das Freiheits- und Einheitsdenkmal wird eines der wenigen Denkmale sein, das kein Mahnmal ist, sondern an die Freiheitstraditionen erinnert. Im Hinblick auf das Thema „25 Jahre Mauerfall“ ist es uns besonders wichtig, dass die friedliche Revolution als Voraussetzung für den Fall der Mauer nicht vergessen wird. Dafür etwas Anschauliches zu haben, das halte ich für ganz wichtig, zumal das Freiheits- und Einheitsdenkmal einen besonderen Gestus mitbringt:

Es lädt ein zum Anfassen und Mitmachen, es steht nicht nur als passives Monument da, sondern ist für alle da. Es wird „Wir sind das Volk. Wir sind ein Volk.“ in besonderer Form aufgreifen und umsetzen. Deshalb freue ich mich, dass wir weitergekommen sind und zwar noch in diesem Jahr.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank Frau Grütters. Herr Milla, Sie haben das Wort.

Johannes Milla (Geschäftsführer Milla & Partner): Es ist mir eine Ehre, heute in dieser Runde unseren aktuellen Planungsstatus, auch in seiner Weiterentwicklung, vorzustellen. Ich möchte kurz Sebastian Letz vorstellen, Partner von „Milla & Partner“ und künstlerischer Leiter dieses Projekts. Ich will noch einmal einen Schritt zurückgehen und an die Punkte anknüpfen, die Frau Grütters soeben angesprochen hat.

Als Sebastian Letz und ich in einem frühen Stadium anlässlich des Wettbewerbs zusammensaßen, haben wir uns gefragt: Wie soll ein Denkmal aus Anlass eines freudigen Ereignisses heutzutage und auch in Zukunft aussehen? Wir haben uns zur Aufgabe gemacht, dass das Denkmal keine abschließende Aussage zur Einheit und Freiheit darstellen, sondern offen sein soll für zukünftige Interpretationen und Generationen mit deren Interpretation von Einheit und Freiheit.

Das Ringen um Einheit und Freiheit endete ja nicht 1989, sondern es gilt, täglich, wöchentlich, immer neu dafür zu sorgen und darüber zu diskutieren. Einheit und Freiheit sind nicht auf ewig sicher, auch das soll das Denkmal zum Ausdruck bringen. Deswegen war uns klar, dass das Denkmal die Menschen aktivieren soll und partizipativ angelegt sein soll, so dass die Menschen nicht einfach davor stehen, betrachten und interpretieren, sondern selbst agieren. Und so, wie die Menschen dann agieren, ist das das eigentliche Denkmal. Also die Menschen und deren Handlungen sollen Bestandteil des Denkmals werden. So hat sich dann für uns klar ergeben, dass das Denkmal ein kinetisches, ein bewegliches sein soll und vor allem durch die Menschen bewegt werden soll.

Ganz kurz zur Verortung (*die weiteren Erläuterungen erfolgen entlang einer Präsentation*): Sie



kennen das Grundstück. Durch den Beschluss des Bundestages ist der historische Denkmalsockel, der gegenüber dem Schloss bzw. dem Humboldt-Forum steht, als Platz für das Freiheits- und Einheitsdenkmal festgelegt. Sie kennen die Situation, wir haben den Platz hier rot markiert. Das Modell in der Humboldt-Box kennen Sie auch, das zeigt noch einmal die historische Situation. 1890 hat der Bildhauer Begas im Auftrag von Wilhelm II. dieses nationale Einheitsdenkmal für Wilhelm I. errichtet. Es wurde in der Mittelachse des Schlosses und in einem städtebaulichen Abstand zum Schloss errichtet und ins Wasser hineingebaut.

Hier sehen Sie ein Bild von der Situation bei der Einweihung des Denkmals 1890 mit diesem riesigen Reiterstandbild. Ein Denkmal ist natürlich immer Brennpunkt geschichtlicher Vorgänge. Hier sehen Sie Teilerstörungen bei der Revolution von 1918. An diesem Denkmal sind unterschiedliche historische Ereignisse abzulesen. Siegermächte posieren an einem preußischen Denkmal, hier zum Beispiel sowjetische Soldaten. Dann wurde das Denkmal 1949 noch vor dem Schloss abgebrochen. Natürlich geschah dies, um das Symbol zu beseitigen, aber auch um dort eine Freifläche zu schaffen und damit Platz zum Beispiel für Tribünen für die Mai-Kundgebungen.

Das ist also der Zustand, wie er seit 1949 vorzufinden war. Das Luftbild stammt vom April 2011. Das ist auch im Wesentlichen die Situation, wie sie zurzeit vorliegt, Sie sehen rechts die Baustelle des Humboldt-Forums. Und das ist die Situation, wie der leere Sockel nun seit 1949 dasteht. Dieses Foto ist sechs Wochen alt.

Jetzt gebe ich das Wort an Sebastian Letz, den künstlerischen Leiter, weiter.

Sebastian Letz (Kreativdirektor Milla & Partner): Wenn man ein so wichtiges Thema in einem Denkmal umsetzen möchte, dann muss man einen Faszinationspunkt haben, um eine eigenständige Interpretation hervorbringen zu können. Was uns immer fasziniert, ist, wie friedlich alles abgelaufen ist, durch was für eine unglaubliche Form von Gemeinsamkeit die Proteste und die Wiedervereinigungsgeschichte geprägt gewesen sind und das, obwohl es ja individuell sehr unterschiedliche Ausprägungen und Wünsche gegeben hat.

Die sind aber in den entscheidenden Momenten zurückgestellt worden, man hat sich auf ein gemeinsames Ziel geeinigt, ist gemeinsam auf die Straße gegangen und war dadurch in der Lage, epochale Veränderungen hervorzurufen und letztlich die Mauer zum Einsturz zu bringen.

Frau Grütters hat es einleitend gesagt, es ist ein freudiges Ereignis, es ist eine echte Differenz zu vielen anderen Ereignissen, derer wir gedenken. Wir haben uns auch aus diesem Grund entschlossen, an diesem Wettbewerb teilzunehmen.

Das ist der Ort, wie Herr Milla ihn gerade vorgestellt hat. In unserer Interpretation ist es eine städtische Wunde, ein sehr sprechender Ort, denn all diese Dinge, die gerade erzählt worden sind, lassen sich an diesen Ort in all seiner Vielschichtigkeit erkennen, selbst wenn sie nur noch Fragmente sind.

Das Thema Vielschichtigkeit ist für uns Anlass gewesen, im Wettbewerb einen Vorschlag zu machen, der sagt: Wir möchten, dass die Vielschichtigkeit lesbar bleibt, wir setzen eine neue Schicht oben drauf, ohne die alten Schichten zu verwischen. Und was wir oben draufgesetzt haben, ist eine große gekrümmte Fläche, eine Plattform, die sich durch die Besucher bewegen lässt wie eine Waagschale. Das heißt, die Besucher dieses Denkmals können die Schale betreten, sie können sich verabreden, zusammentun, gemeinsam in eine Richtung gehen und darüber eine spürbare Veränderung der Lage hervorrufen. Wenn sie in eine Richtung gehen, werden sie oben belohnt durch eine echte Horizonterweiterung, die in dem Moment entsteht, wenn man an den Rand gelaufen ist. Das heißt also, dass die Besucher ein ganz wichtiger Teil dieses Denkmals sind, denn erst durch sie beginnt es, wirklich zu leben.

Verständigung und Aktivierung sind integrale Bestandteile des Denkmals. In unserer Vorstellung ist es keineswegs so, dass sich dieses Denkmal den ganzen Tag über bewegen wird. Es ist schon ein großer Erfolg, wenn wir es schaffen, mehrmals am Tag eine so große Gruppe zusammenzubringen, dass sie in der Lage ist, diese Plattform zu bewegen. Es ist deshalb in diesem Sinn eine soziale Plastik, ein Angebot zur Bürgerbeteiligung



und zur gesellschaftlichen Teilhabe, denn dieser basisdemokratische Prozess, der eine Diktatur zum Einsturz gebracht hat, ist ja auch das Prinzip, nach dem wir heute unsere Gesellschaft verhandeln und nach dem wir heute unsere Freiheit bewahren möchten. Frau Grütters hat das zuvor ja angedeutet.

Bisher haben wir Ihnen noch Bilder aus dem Wettbewerb gezeigt. Wir haben in einem langen Entwurfsprozess unterschiedliche Punkte geklärt. Jetzt sehen Sie hier einen überarbeiteten Entwurf. Sie können erkennen, dass jetzt alle Elemente des Denkmals, die neu sind, sich in das Motiv der Schicht eingefügt haben und so eine klare Ablesbarkeit dieser historischen Schichten möglich wird. Es gibt an dieser Stelle auch eine klare Widmung: „Wir sind das Volk. Wir sind ein Volk.“ Die beiden Hauptsätze stehen in der Mitte der Fläche.

Es wird nach unserer Vorstellung ein offener Ort sein, ein Ort, der der ganzen Stadt und allen Bürgern dieses Landes gehört. Es wird ein Ort sein, der respektvoll an die Ereignisse erinnert, aber ohne zu distanzieren, ein Ort, der einlädt, offen ist für die Zukunft und der eine Ermutigung für die Bürger sein soll, sich ihres Gewichtes bewusst zu sein, das sie einbringen können.

Wir sind mit den Planungen relativ weit. Es gab Knackpunkte, das ist vorhin angesprochen worden. Hier sehen Sie einen Auszug aus der Genehmigungsplanung, die noch einmal den Lageplan zeigt, auch das Verhältnis zum Humboldt-Forum mit der Schlossfassade. Wir sind froh, dass wir im Zentrum Berlins diesem Denkmal einen sehr zeitgenössischen Ausdruck haben verleihen können.

Selbstverständlich entspricht dieses Denkmal in allen Punkten den Sicherheitsvorschriften, die in Deutschland für ein Bauwerk gelten. Die Fluchtwege zum Beispiel sind ganzjährig nutzbar, das heißt, große Teile dieses Denkmals haben eine Bodenheizung, so dass das Denkmal in diesen Bereichen schneefrei gehalten werden kann. Und selbstverständlich ist das Denkmal barrierefrei. Ich betone das hier noch einmal, weil uns das von Anfang an sehr, sehr wichtig gewesen ist. Das Denkmal muss für alle Bürger offen sein. Es ist

keineswegs so, dass es einen grundsätzlichen Dissens zwischen uns und dem Beauftragten für behindertengerechtes Bauen gegeben hätte. Es ist wirklich nur um Details gegangen, denn in der Sache waren wir uns bei diesem Punkt immer einig.

Ich zeige Ihnen das jetzt hier noch einmal dreidimensional: Die Schale selber krümmt sich natürlich und es gibt Randbereiche, die dann schon gewisse Steigungen haben, aber es gibt in der Mitte ein Feld, das immer auch für jede Form von Behinderung zugänglich ist, so wie es das Gesetz fordert. Selbst wenn sich die Schale bewegt, ausgelöst durch die Bürger, wird dieses Feld erhalten bleiben.

Ich habe einen Schnitt mitgebracht, um das Thema der Amplitude, der wirklichen Bewegung erläutern zu können. Sie können auf dieser Zeichnung in der Mitte rot hinterlegt die Schale in ihrer Nullposition sehen, außerdem sehen Sie eine grüne und eine blaue Kontur. Die grüne Kontur zeigt die maximal nach oben, die blaue Kontur die maximal nach unten mögliche Bewegung. Daraus ergibt sich also eine Amplitude von immerhin drei Metern, die ausgelöst werden kann.

Wie macht man so etwas? Das Denkmal ist nichts, was in dieser Art und Weise schon einmal gebaut worden wäre. Wir geben Ihnen deshalb einen Einblick in den Planungsprozess. Wir haben sehr früh einen Test mit einer Zugbrücke in Mannheim gemacht. Das, was Sie hier sehen, entspricht in den Proportionen ungefähr denen der Schale. Einer der Schenkel misst ungefähr 25 Meter. Wir hatten die Möglichkeit, an dieser Brücke Tests zu machen, um zu schauen, wie schnell sich die Fläche bewegen soll und wie es sich darauf läuft, wenn man sich auf einer sich bewegenden Fläche fortbewegt. Wir haben an dieser Stelle wichtige Erkenntnisse gewonnen, nämlich dass es für das Erlebnis in der Gruppe wichtig ist, wenn sie sich bewegt, dass sich der Schwerpunkt der Plattenbewegung synchron mit der Gruppe verschiebt. Wir haben daraufhin definiert, wie viele Menschen da sein sollen und ob es überhaupt möglich ist, dass schon wenige Menschen das Objekt bewegen. Wenige Menschen können es nicht bewegen. Damit sich die Schale überhaupt bewegt,



braucht man mindestens 25 bis 30 Leute als einseitiges Übergewicht. 50 Personen, die sich zusammengetan haben, sind in der Lage, einen Vollausschlag zu erreichen. Normalerweise bewegt sich eine Gruppe mit zirka einem Meter pro Sekunde, genauso wird sich am Ende auch der Schwerpunkt der Waagschale verändern.

Wir haben dafür ein aufwendiges Engineering betrieben. Wir brauchen eine Schale, die leicht ist, diese Funktionalität wird ein Raumtragwerk sicherstellen. Wir haben alle möglichen Faktoren, die man sich überhaupt nur vorstellen kann, bei der Planung berücksichtigt. Das ging bis zu Windkanaltests und Strömungsuntersuchungen, um selbst solche Fragestellungen einzubeziehen, um dann schließlich im vergangenen Herbst einen eins zu eins Probeaufbau zu realisieren. Sie sehen hier Bilder von einem Grundstück in Stuttgart und einen Bagger, der 3D-gesteuert ist, wodurch er in der Lage ist, ein Geländemodell zu fertigen, das bis auf zwei Zentimeter exakt dem Oberflächen-Surface entspricht, das wir nach dem Engineering-Prozess definiert hatten. Das Gelände ist dann noch abgestreut worden, um für uns einen optischen Eindruck sicherzustellen. So sieht die Fläche in ihrer Gesamtproportion aus, wenn sie leer ist – soweit ein Foto diesen Eindruck überhaupt vermitteln kann.

Der Testaufbau ist kein reines Designexperiment, sondern er diente dazu, mit Menschen auszuprobieren, wie sie die Fläche und den Raum empfinden, um sicherzustellen, dass wir alles richtig gemacht haben. Es gibt dazu einen kurzen Film, den wir mitgebracht haben und abspielen möchten (*Film wird eingespult*).

Wir haben für die Tests Mitarbeiter aus unserer Firma eingeladen und sie gebeten, Familienmitglieder aus allen Altersgruppen mitzubringen. Ich glaube, die älteste Teilnehmerin die dagewesen ist, war 93 Jahre alt. Wir haben auch Behinderte gebeten mitzumachen, haben mehrtägige Tests gemacht und diese Tests ausgewertet. Die Bilder zeigen einen Tag, an dem relativ viele Mitarbeiter aus unserer Firma dabei waren. Sie erobern erst einmal die Fläche für sich, begutachten sie und lassen sie auf sich wirken. Wir haben dann verschiedene Szenarien ausprobiert und zum Beispiel gefragt: Was passiert denn, wenn Ihr als

Gruppe läuft? Wie fühlt sich das an? Sie sehen das auf den Bildern, dass – ähnlich wie bei einer Demonstration – das Gefühl von Zusammengehörigkeit auf dieser Fläche entsteht. Es ist für uns bei dieser ganzen Arbeit die schönste Bestätigung gewesen zu sehen, dass dieser Gedanke wirklich funktioniert und die Leute sich hinterher beeindruckt davon gezeigt haben, wie stark dieses Gefühl, das da entstanden ist, war.

Und damit möchte ich auch schon schließen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank für die Präsentation. Ich blicke in die Runde und frage: Mag sich jemand dazu kommentierend äußern? Herr Selle. Herr Kühn. Fangen wir an mit Frau Lotze und Herrn Petzold. Bitte schön.

Abg. **Hiltrud Lotze** (SPD): Vielen Dank. Erst einmal ganz herzlichen Dank für die Präsentation und für die doch sehr detailreiche Erläuterung, wie das Denkmal wirken soll und was es mit den Menschen macht.

Ich freue mich natürlich, dass wir heute hier deutlich gehört haben, dass mit der Fertigstellung noch in dieser Legislaturperiode ganz sicher gerechnet wird. Dann können wir alle dabei sein, wenn die Schale zum ersten Mal schaukelt. Das finde ich wirklich schön.

In der Bewertung dessen, wo wir heute stehen, hat Frau Grütters gesagt, wir hätten viele Monate verloren. Ich sehe das anders. Wir haben durch die Klärung der Fragen, die offen waren, Klarheit und Sicherheit gewonnen und das ist, glaube ich, für das Denkmal sehr wichtig. Es ist für die Zukunft wichtig, dass wir geklärt haben, was mit den denkmalgeschützten Mosaiken passiert. Es gilt ja für uns alle hier in diesem Ausschuss, dass uns der Denkmalschutz sehr am Herzen liegt. Deswegen ist es gut, dass dieses Problem vernünftig geklärt wurde. Genauso verhält es sich mit den Fledermäusen. Bei solchen Projekten wird es häufig ein bisschen ins Lächerliche gezogen, wenn ein Tier geschützt werden muss. Hier ist nun eine Lösung gefunden worden. Das ist sehr wichtig für die Realisierung des Projekts und hilft, künftige Diskussionen zu vermeiden. Dass wir Barrierefreiheit erreicht haben, finde ich richtig, weil wir



den Inklusionsgedanken auf der Basis der UN-Behindertenrechtskonvention verfolgen. Es war gut zu hören, dass die Barrierefreiheit nie infrage gestanden hat, aber offensichtlich waren ja noch Diskussionen erforderlich,

Wir hatten neulich Gelegenheit, die Baustelle des Humboldt-Forums zu besichtigen. Wenn ich mir den Platz für das Freiheits- und Einheitsdenkmal vor Augen führe und wir uns vorstellen, was wir mit dem Humboldt-Forum erreichen wollen, dann passt das alles sehr gut zusammen. Die Idee ist ja, dass sich dort die Welt treffen soll. Wenn dort in Zukunft ganz viele internationale Gäste sein werden und an der Freude teilhaben können, die das Denkmal vermitteln soll, dann kann ich mir interessante Begegnungen vorstellen, gerade wenn man Gruppen bewegt, sich in Bewegung zu setzen und etwas auszulösen.

Alles in allem: Es ist sehr gut, dass wir das alles heute so zur Kenntnis nehmen können. Wir werden das Projekt weiterhin mit Interesse verfolgen. Und ich komme noch einmal zu meiner Eingangsbemerkung zurück: Ich freue mich darauf, dass wir zu den Ersten gehören werden, die dort schaukeln können.

Vielen Dank.

Abg. **Harald Petzold** (Havelland) (DIE LINKE.): Danke, Herr Vorsitzender. Ich will Sie, Frau Grütters, eingangs natürlich erst einmal zu dem Verhandlungsergebnis beglückwünschen. Angesichts der Probleme, die bestanden haben, haben Sie das Projekt in eine Richtung gebracht, die uns möglicherweise – nach dem Flughafen BER – vor einer großen Peinlichkeit bewahrt, was die innerstädtische Gestaltung hier in Berlin anbelangt. Insofern finde ich auch spannend, was uns als Konzept vorgestellt worden ist. Ihnen, Herr Milla und Herr Letz, vielen Dank dafür. Ich bin sehr gespannt, was die Politik dazu sagen wird, wenn sich die Bevölkerung tatsächlich ihres Gewichts bewusst werden sollte, wenn sie das einmal ausprobiert hat auf der Schale und die Erfahrung dann vielleicht in Politik umsetzt.

Ich möchte trotzdem hier noch ein paar kritische Fragen stellen, denn die Fraktion DIE LINKE. hatte das Projekt ja kritisch gesehen und in den

Haushaltsverhandlungen angeregt, die Probleme zum Anlass für einen Neustart zu nehmen. Das war ja nicht nur von uns allein, sondern von der breiten Öffentlichkeit gefordert worden. Wir hatten auch eingefordert, die Öffentlichkeit bei diesem Neustart einzubeziehen. Frau Grütters, Sie haben, was die Kostensteigerungen anbelangt, von einer moderaten Größenordnung gesprochen. Das würde mich natürlich etwas genauer interessieren. Wir werden über diese Dinge mit den Haushältern reden müssen, wenn alles spruchreif ist, deshalb frage ich nach der konkreten Kostensteigerung. Und es würde mich interessieren, warum sich die Bundesregierung gegen die Neustartüberlegungen gewehrt hat. Es ist aus meiner Sicht nach wie vor nicht ganz nachvollziehbar, was denn gegen einen Neubeginn und vor allem gegen eine stärkere öffentliche Debatte gesprochen hätte.

Schließlich gestatten Sie mir, dass ich eine Frage zum Freiheits- und Einheitsdenkmal in Leipzig stelle, denn da gibt es ja große Unstimmigkeiten, was die Kostenübernahme anbelangt. Die sächsische Landesregierung weigert sich und es gibt erhebliche Widerstände in der Stadt Leipzig, weshalb ich gern von Ihnen wissen würde, wie es sich mit der Kostenübernahme von Seiten des Bundes verhält.

Der **Vorsitzende**: Danke schön, Herr Petzold. Herr Selle, bitte.

Abg. **Johannes Selle** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich bin beeindruckt von der Präsentation des Denkmals und finde es wichtig, dass wir uns das Projekt noch einmal so vor Augen führen können. Das ist eine ausgezeichnete Voraussetzung für die Diskussion, die wir im nachfolgenden Tagesordnungspunkt führen werden. Ich finde, dass wir nicht genug darüber nachdenken können, wie in der Mitte Europas, wie in der deutschen Hauptstadt und dort wiederum an einem zentralen Platz etwas gestaltet wird, das an so etwas Wichtiges wie die Überwindung der Teilung Europas erinnert. Es geht nicht nur um die Überwindung der deutschen Teilung, sondern es geht auch um die Überwindung der Teilung der Welt. Es ist großartig, dass wir hier mit diesem Denkmal an diesem Platz darauf aufmerksam machen können.



Die Gedanken, die Sie, Herr Milla und Herr Letz, am Anfang geäußert haben, finde ich beeindruckend. Im Laufe meines Lebens hat es mir oft geholfen, die Gedanken des Künstlers zu kennen, wenn ich ein Denkmal oder ein Kunstwerk angeschaut habe. Deshalb ist meine erste Frage, ob diese Gedanken irgendwo angedeutet werden, ob es irgendwo am Denkmal eine Erläuterung geben wird, warum die Schale eine gute Idee für ein Denkmal der Deutschen Einheit ist. Persönlich würde ich mir das wünschen.

Außerdem habe ich eine technische Frage. Es interessiert mich, aus welchem Material die Schale sein wird. Als Sie gezeigt haben, wie die Schale geschwenkt wird, tauchte bei mir eine zweite Frage technischer Natur auf, nämlich wie die Schale gelagert ist. Kann sich das Objekt aus seiner Position bewegen, wenn es kippt, oder ist es in der Mitte arretiert? Herzlichen Dank.

Abg. **Christian Kühn** (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. Danke auch für die Ausführungen Herr Milla, Herr Letz und Frau Staatsministerin Grütters. Auch ich finde solche Präsentationen immer sehr beeindruckend. Es freut mich natürlich, dass es sich heute um eine baden-württembergische Präsentation handelt. Als jemand, der aus Baden-Württemberg kommt, finde ich es gut, wenn Stuttgarter Design mitten in der Hauptstadt seinen Platz findet. Ich finde es schön, dass Sie die vielen Fragen, mit denen wir das Vorhaben kritisch begleitet haben, ausräumen und uns einen Zeitplan präsentieren konnten.

Meine Fragen betreffen die moderate Kostensteigerung, dazu hätte ich gern zumindest eine Größenordnung, und die Geschichte des Ortes. Die Geschichte des Ortes hat ja auch in der Präsentation eine Rolle gespielt. Die Geschichte ist von diesem Ort nicht zu lösen. Wie wollen Sie mit der Geschichte des Ortes umgehen? Aus meiner Sicht wäre eine Art Dokumentation am Rande notwendig, um einzuordnen. Das will ich ausdrücklich anregen.

Als Nächstes möchte ich die Frage aufwerfen, die neuerdings im Zusammenhang mit Denkmälern auch gestellt werden muss: Wie lange halten sie, wann treten die ersten Baumängel auf? Es wirken

ja wohl unheimliche Kräfte auf die Schale. Wie ist die Materialbeschaffenheit, wie können Sie davon ausgehen, dass die Haltbarkeit des Ganzen gewährleistet ist? Das scheint mir etwas zu sein, was man mittlerweile nach all den Denkmaldebatten im Blick haben muss.

Auch ich möchte nach Leipzig fragen. Die Denkmäler sind miteinander verbunden. Frau Grütters. Sie haben dazu zwar gerade nichts gesagt, aber ich fände es schon gut, auch von Ihnen etwas dazu zu hören.

Gespannt bin ich schon darauf, in welche Richtung die Schale ausschlägt, wenn der Deutsche Bundestag sich darauf bewegt.

Der **Vorsitzende**: Bevor ich Herrn Dr. Lengsfeld das Wort erteile, möchte ich etwas Verfahrensleitendes mit Ihnen abstimmen, ohne dabei den Eindruck zu erwecken, dass hier Dinge unter den Teppich gekehrt oder nicht ausgesprochen werden sollen. Der Schwerpunkt unserer heutigen Zusammenkunft liegt auf dem Gespräch mit unseren fünf Gästen – die ich schon einmal begrüße, ohne sie persönlich anzusprechen –, um an den Mauerfall vor 25 Jahren zu erinnern. Zeitgleich hat sich beim Freiheits- und Einheitsdenkmal etwas finalisiert, das uns notwendigerweise mitgeteilt werden muss. Es ist zwar gut, dass wir heute beide Themen besprechen, aber das Freiheits- und Einheitsdenkmal kann nicht Schwerpunkt der Debatte sein, weil dies anders intendiert war.

Insofern bitte ich Herrn Dr. Lengsfeld, seine Bewertung vorzutragen und rege an, dass wir eine kurze und prägnante Antwortrunde einplanen, denn es sind notwendige und auch kritische Fragen formuliert worden. Ich schlage vor, dass wir sodann vereinbaren, einen vertiefenden Termin zu organisieren, um das, was dann noch offengeblieben ist, auszutauschen. So könnten wir unseren Gästen, die schon seit geraumer Zeit auf Ihren Tagesordnungspunkt warten, den gebührenden Rahmen bieten. Wenn wir uns darauf verständigen könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Insofern Herr Dr. Lengsfeld, Frau Staatsministerin und Herr Milla, ganz kurz, bitte. Es bleibt dann zwar bestimmt etwas offen, aber wir werden einen Folgetermin organisieren.



Können wir das so vereinbaren? Herzlichen Dank.

Abg. **Dr. Philipp Lengsfeld** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, vielen Dank. Ich versuche es ganz kurz zu machen. Ich möchte als Berliner Abgeordneter noch einmal meiner großen Freude Ausdruck verleihen, dass dieses Projekt so auf den Weg gebracht ist, es hat uns ja schon eine ganze Weile begleitet. Das Projekt ist für die Stadt von enormer Bedeutung, das klang ja schon an.

Ich möchte Monika Grütters ganz persönlich für ihren Einsatz danken, denn die offenen Fragen, die nunmehr gemeinsam gelöst wurden, waren im Detail knifflig und wären ohne die Vehemenz der Staatsministerin, glaube ich, nicht in der Zeit gelöst worden, wie das jetzt gelungen ist. Ein Teil der Schwierigkeiten hängt mit dem Ort zusammen, aber ich würde es gern positiv wenden: Es war eine mutige Entscheidung, gerade diesen Ort – mit seinen Schwierigkeiten – für das Denkmal zu wählen. Das wird sich dauerhaft auszahlen. An dieser zentralen Stelle wird das Denkmal, wenn das Projekt erfolgreich realisiert ist, eine Wirkung entfalten, die es nur an diesem Ort mit dem Humboldt-Forum, der Staatsoper, dem Berliner Dom, dem Deutschen Historischen Museum, dem Auswärtigen Amt zeigen kann. Insofern freue ich mich und bin mir sicher, dass es den Berlinerinnen und Berlinern sowie den Gästen Berlins sehr gefallen wird, wenn es einmal fertig ist.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Frau Grütters, Sie haben das Wort.

Staatsministerin **Monika Grütters** (BKM): Ich möchte die Fragen beantworten. Frau Lotze freut sich, wenn das Denkmal noch in diese Legislaturperiode fertig wird. Wir auch. Herr Petzold hat nach den moderaten Kostensteigerungen gefragt. Natürlich werden wir die Frage erst dann genau beantworten und dem Haushaltsausschuss gemäß Bundestagsbeschluss vorlegen können, wenn wir zusammen mit dem Land Berlin die Details der Phase III der Sockelsanierung durchgerechnet haben. Denn die Sanierung muss gleichzeitig mit dem Bau des Denkmals erfolgen. Die Sockelsanierung ist eine Hauptstadtentwicklungsmaßnahme, die gemeinsam vom BMUB und dem Land Berlin bearbeitet wird. Wir errechnen gerade die Kosten dieser Maßnahmen.

Der Deutsche Bundestag hat 2007 für das Denkmal 10 Mio. Euro bewilligt. Weitere 5 Mio. Euro gab es für Leipzig. Dieser Betrag fließt erst dann ab, wenn in Leipzig ein Denkmal fertiggestellt ist. An den bereits angefallenen Kosten beteiligt sich der Bund nicht, weil die Bundesbeteiligung an die Fertigstellung eines Denkmals in Leipzig geknüpft ist. In Leipzig war es so, dass die Stadt alleinige Ausloberin des Gestaltungswettbewerbs war und damit auch Bauherrin wäre. Die anhaltende öffentliche Kritik sowie zwei Klagen haben letztendlich dazu geführt, dass der Leipziger Stadtrat im Juli dieses Jahres das bisherige Wettbewerbsverfahren beendet hat. Ob und wann ein neues gestartet wird, das wissen wir nicht. Wir würden das Verfahren natürlich, auch dafür gibt es einen Grundsatzbeschluss des Bundestages, mit Sympathie begleiten. Aber wie es weitergeht, das ist offen.

Es ist deshalb so, dass von diesen 5 Mio. Euro des Bundes noch nichts abgeflossen ist. Für Berlin stehen uns 10 Mio. Euro zur Verfügung. Die Kostensteigerungen, die es hier aufgrund der Bauverzögerung, aufgrund der Baupreisindexsteigerung, aufgrund von Kosten für Kompensationsmaßnahmen zum Beispiel beim Naturschutz oder wegen des schwierigen Baugrunds und einer komplexen technischen Lösung gibt, werden mit Sicherheit in dem zur Verfügung stehenden Rahmen bleiben. Ich gehe davon aus, dass wir von den noch nicht abgeflossenen 5 Mio. Euro, die zusätzlich zu den 10 Mio. Euro zur Verfügung stehen, höchstens einen kleinen Teil werden in Anspruch nehmen müssen. Das müssen wir aber mit der Sockelsanierung in Phase III abstimmen und deshalb können wir jetzt keine seriöse Zahl nennen. Wir werden die Kostenplanung aber entweder im Dezember oder dann im Januar 2015 im Haushaltsausschuss einreichen. Natürlich können Sie diese Debatte parallel mitverfolgen.

Die verschiedenen historischen Schichten, die Milla & Partner angesprochen haben, sind uns natürlich auch wichtig, deshalb kann ich zum Thema Begleittexte sagen: Uns schwebt vor, in der Nähe in den Boden eingelassene Tafeln anzubringen – etwas Ähnliches gibt es beim Denkmal zur Bücherverbrennung. Aber möglicherweise kann man das Denkmal auch mit Apps begleiten. Wir diskutieren über so eine Lösung, solche Apps



werden zurzeit mitentwickelt, weil an diesem Ort, das sehen Sie schon an der heutigen Präsentation, viele historische Fragen eine Rolle spielen. Übrigens gilt dies nicht nur für den Denkmalsockel, sondern für den ganzen Platz, auch hinsichtlich der friedlichen Revolution. Sie werden sich erinnern, dass es die Vorstellung gab, am Sockel Fotos anzubringen. Darauf wollen wir zugunsten einer etwas gründlicheren Aufklärung verzichten. Davon kann aber immer nur ein kleiner Teil vor Ort, dort in den Boden eingelassen sichtbar werden. Der Rest würde und soll über eine App vermittelt werden.

Was die öffentliche Debatte angeht, danach hat mich ja Herr Petzold gefragt, möchte ich sagen, dass es 2007 einen Bundestagsbeschluss gegeben hat, dem sehr lange öffentliche Debatten, zwei Wettbewerbsdurchgänge, eine Präsentation im Martin-Gropius-Bau und noch einmal eine Debatte vorausgegangen sind. Hinterher, als das Ergebnis feststand, gab es dann erneut eine Debatte über die Gestaltung und deren Nachbearbeitung. Ich denke, das Verfahren war und ist in guter demokratischer Tradition gründlich. Das Ergebnis sollten wir, gerade angesichts des jetzigen, sehr reifen Realisierungszustands, nicht noch einmal infrage stellen.

Johannes Milla (Geschäftsführer Milla & Partner): Ich möchte auf die Frage nach den Erläuterungen eingehen. Von den 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meiner Büros in Berlin und Stuttgart ist die Hälfte unter 30 Jahre alt und hat keine aktive Erinnerung mehr an die friedliche Revolution. Je länger die Ereignisse zurückliegen, desto weniger Menschen werden eine aktive Erinnerung an die Ereignisse haben. Deswegen wird es Tafeln geben, die den Ort in seinen historischen Schichtungen erläutern. Trotzdem möchte ich daran erinnern, dass das Denkmal nicht die Aufgabe eines Museums erfüllen kann. Aber das Deutsche Historische Museum ist 300 Meter entfernt und dort wird man vertiefte Aufklärung finden.

Eine Gebrauchsanweisung dazu, was es mit dem Denkmal auf sich hat, werden wir auf keinen Fall anbringen. So haben Sie, Herr Selle, es vermutlich auch nicht gemeint. Die Menschen, die zum Denkmal kommen, werden vom ersten Tag an wissen, was dort zu tun ist. Das spricht sich ja sofort

herum. Die Menschen werden das Denkmal sofort intuitiv verstehen. Versetzen Sie sich in die Situation: Das Denkmal wird an sieben Tagen die Woche 24 Stunden lang geöffnet sein. Sie kommen dort hin, irgendwann, und dort sind sehr viele Menschen aus der ganzen Welt. Und damit sich dieses Denkmal bewegt, muss man sich ein Herz fassen, man muss fremde Menschen ansprechen und sich verständigen. Es werden Menschen aus vielen Nationen da sein, die sich verständigen müssen. Man muss sich einigen, dann geht man gemeinsam einen Weg und dann bewegt sich etwas. Das ist das Wesen einer friedlichen Revolution: Man fasst sich ein Herz, man verständigt sich, man einigt sich und geht gemeinsam einen Weg. Das wird jeder so erleben und verstehen.

Eine weitere Frage war auf das Thema Bewegung gerichtet. Es war von einer Schaukel die Rede, das Wort Wippe, das Wort Waage taucht auf. Dazu möchte ich persönlich anmerken: Am liebsten ist mir das Wort Waage, oder wenn Sie es salopp ausdrücken wollen, das Wort Einheitswaage. Eine Wippe bewegt sich ganz schnell mit einem harten Umkehrpunkt, während sich eine Waage langsam bewegt und einen sanften Umkehrpunkt hat. Insofern ist die Waage physikalisch der richtige Ausdruck, wenn man das Freiheits- und Einheitsdenkmal salopp benennen möchte.

Sebastian Letz (Kreativdirektor Milla & Partner): Sie hatten zwei Fragen zur Technik gestellt. Das Lager ist ein Klingenlager, das heißt, es kann sich einseitig bewegen. Die ganze Technik ist aus dem Brückenbau entlehnt, das heißt, sie ist erprobt und sie ist robust. Und auch das Thema der Wartung und der Haltbarkeit ist genau das Gleiche wie bei einer Brücke. Eine Brücke muss gewartet und gepflegt werden, dann hält sie ewig. Und das wird hier auch der Fall sein.

Das Denkmal wird aus einer Stahlkonstruktion in Leichtbauweise bestehen. Es gibt dann natürlich noch eine Überdeckung aus einem Mineralbelag, die Unterseite wird aus Aluminiumeloxalplatten gefertigt sein.



Der **Vorsitzende**: Ich danke Ihnen im Namen des Ausschusses für die eindrucksvolle Präsentation und dass sich die Dinge so weiterentwickelt haben, wie wir das hier wahrnehmen durften. Sie merken an den Debattenbeiträgen, dass das Maß an ursprünglicher Skepsis deutlich zurückgegangen ist. Wir freuen uns auf die weitere Entwicklung. Herzlichen Dank, dass Sie uns den Stand des Projekts präsentiert haben.

Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf.

Tagesordnungspunkt 2

a) 25 Jahre nach dem Mauerfall

Gespräch mit:

Roland Jahn (Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik),
Dr. Anna Kaminsky (Geschäftsführerin Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur),
Rainer Wagner (Bundesvorsitzender Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.), **Dr. Olaf Weißbach** (Geschäftsführer Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.) und **Marianne Birthler**.

Für die Bundesregierung:

Iris Gleicke (Parlamentarische Staatssekretärin im BMWi und Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer)

Staatsministerin **Monika Grütters** (BKM):

in Verbindung mit

b) Unterrichtung durch die Bundesregierung

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2014

BT-Drucksache 18/2665

in Verbindung mit

c) Entschließungsantrag der Abgeordneten Roland Claus, Caren Lay, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2014

-18/2665-

BT-Drucksache 18/2751

Der **Vorsitzende**: „25 Jahre nach dem Mauerfall“, das Thema sollte den Schwerpunkt der Sitzung bilden, und die Staatsministerin hat mit der Einführung in das Thema „nationales Freiheits- und Einheitsdenkmal“ bereits das zentrale Motiv beschrieben: die unbändige Freude, die mit dem Mauerfall verbunden war, die unglaubliche Dynamik, die sich entwickelt hat. Wir haben bei der Präsentation des Tagesordnungspunktes 1 zugleich aber auch gemerkt, dass nach der Freude und der Euphorie die Mühen der Ebene kommen. Zu den Mühen der Ebene gehört, das alles zu reflektieren und praktisch umzusetzen, was die Freiheits- und Freudevision getragen hat.

Die erste demokratisch gewählte Volkskammer hat sich von Anfang an des Themas angenommen, sie hat das Ergebnis der friedlichen Revolution, die Befreiung von Repressionen nicht der zufälligen weiteren Entwicklung überlassen, sondern sich sehr bewusst mit den staatlichen Repressionsmechanismen auseinandergesetzt und mit der Frage, was das für die Zukunft bedeutet.

Der Deutsche Bundestag hat sich dieses Themas nach der Deutschen Einheit angenommen. Ich nenne hier nur Stichworte: Enquete-Kommissionen haben sich über mehrere Legislaturperioden hinweg mit der Geschichte der ehemaligen DDR in ihren vielfältigen Facetten auseinandergesetzt. Der Deutsche Bundestag ist sich seiner Verantwortung bewusst gewesen, er hat sich sehr intensiv mit der Stasi-Unterlagen-Behörde befasst und beschäftigt sich weiter damit. Die Stiftung Aufarbeitung ist gegründet worden. Wir pflegen einen engen Dialog mit der Union der Opferverbände. Die Robert-Havemann-Gesellschaft, aus der Bürgerrechtsbewegung entstanden, ist ein wichtiger Partner und Akteur.



Wir haben uns bei der Vorbereitung dieser Sitzung sehr intensiv Gedanken gemacht, wen wir einladen, wer unsere Gesprächspartner sind, wohl wissend, dass man bei dieser Einladung nur Fehler machen kann. Wir haben uns darauf konzentriert, die Akteure, die Verantwortlichen der Institutionen einzuladen, für die wir als Bundestag in besonderer Weise verantwortlich sind. Zwei habe ich schon genannt, nämlich die Stiftung Aufarbeitung und die Stasi-Unterlagen-Behörde. Aber auch Repräsentanten der Bürgerrechtsbewegung haben wir eingeladen.

Ich begrüße Herrn Dr. Olaf Weißbach, ich begrüße für die Opferverbände Herrn Wagner, ich begrüße für die Stiftung Aufarbeitung Frau Dr. Anna Kaminsky. Ich freue mich, den Chef der Stasi-Unterlagen-Behörde, Herrn Roland Jahn, unter uns begrüßen zu dürfen. Wir haben aber auch Frau BIRTHLER hinzugebeten, die als Bürgerrechtlerin und Akteurin in den unterschiedlichsten Funktionen diesen gesamten Freiheitsprozess als wichtige Stimme in unserem Land mit begleitet hat.

Ich erwähnte vorhin, dass man bei so einer Einladung nur Fehler machen kann. Natürlich ist die Stiftung Berliner Mauer eine wichtige Partnerin. Ich nenne das Zeitgeschichtliche Forum in Leipzig. Wir wissen, dass das Haus der Geschichte sich mit seinen Dependancen dem Thema widmet. Und wenn ich so wie gestern Abend im Zeughauskino aus dem Archiv der Staatlichen Filmdokumentation „Berlin Milieu –Ackerstraße“ oder „Volkspolizei“ sehe, dann weiß ich, dass auch das Deutsche Historische Museum sehr viel unternimmt.

Das heißt, heute wagt der Ausschuss einen Auftakt, im 25. Jahr nach dem Mauerfall noch einmal punktuell ins Gespräch zu kommen, wohlwissend, dass das Thema weitergeht. Dass es nach vorne offen ist, zeigen zwei Aspekte, die ich kurz ansprechen möchte. Die Umfrage, die jüngst von der Stiftung Aufarbeitung zum Interesse an DDR-Themen veröffentlicht wurde, belegt, dass insbesondere jüngere Menschen relativ wenig wissen, aber mehr wissen wollen. Die Umfrage zeigt außerdem, dass im Land viele der Überzeugung sind, dass es eben nicht nur Aufgabe der Ostdeutschen ist, sich mit diesem Teil unserer Geschichte

auseinanderzusetzen, sondern dass es weit überwiegend das Interesse aller Menschen in unserem Land sein sollte und sein muss, sich mit der Geschichte der ehemaligen DDR zu beschäftigen, mit dem, was in diesen 40 Jahren passiert ist, was das für unsere demokratische Zukunft zu bedeuten hat und welche Konsequenzen sich daraus ergeben.

Herr Selle hat es vorhin angesprochen, und ich möchte das Stichwort „europäische Dimension“ ausdrücklich aufgreifen. Wir erinnern uns: 25 Jahre Mauerfall, dieser Prozess hatte Voraussetzungen, hatte Bedingungen, die mit den Freiheitsbewegungen in Osteuropa zusammenhängen. Den Mauerfall in Zusammenhang zu denken ist, glaube ich, etwas, das wir in unserer geschichtspolitischen Debatte und im Dialog mit unseren europäischen Partnern viel intensiver betreiben müssen. Deshalb diese kurze, vielleicht schon zu lange Einführung.

Ich möchte Sie, unsere Gäste, noch einmal herzlich willkommen heißen im Namen unseres Ausschusses und einen Vorschlag unterbreiten: Wir haben untereinander abgestimmt, dass Sie ganz kurz in das Thema einleiten. Ich schlage vor, dass wir zunächst einmal mit den Akteuren beginnen, die jetzt auch in institutioneller Verantwortung stehen, dass Herr Jahn beginnt, dann Frau Dr. Kaminsky folgt, danach Herr Wagner und Herr Dr. Weißbach. Zuletzt, aber nicht als Letzte, würde Frau BIRTHLER die Runde abschließen. Es schließt sich eine Diskussionsrunde im Ausschuss an. Dazwischen sollte Frau GLEICKE sich einbringen, weil auch der Jahresbericht zur Deutschen Einheit zur Debatte steht. Frau GRÜTTERS hat um 16 Uhr einen Anschlusstermin, der unvermeidlich ist. Dafür haben wir Verständnis. Herr Dr. WINDANDS wird gleich an ihrer Stelle das Ministerium vertreten.

Wenn wir uns so verständigen können, haben Sie, Herr Jahn, das Wort und Frau GRÜTTERS, Sie sind aus dieser Runde verabschiedet.

Roland Jahn (Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau Staatsministerin, sehr geehrte Damen und Herren



Abgeordnete. Vielen Dank für die Einladung. Ich denke, Herr Vorsitzender hat in seiner Einführung schon einige Punkte sehr gut benannt und damit Stoff für viele große Diskussionen geliefert. Aber dass gerade hier die Zeit genutzt wird, einige Punkte zu setzen, ist aus meiner Sicht ganz wichtig.

Beim Thema „25 Jahre friedliche Revolution“ kommt immer die Frage auf: Wen interessiert das noch, was ist mit den nachfolgenden Generationen? Ich habe letzte Woche in Vorbereitung des Jubiläumstages „9. November, Mauerfall“ Gäste von der Berliner Morgenpost empfangen. Die Morgenpost hat für ihre Sonntags-Ausgabe am 9. November Schulklassen-Reporter in die Stasi-Zentrale eingeladen. Dort haben wir diskutiert, und dieses Gespräch hat mir noch einmal deutlich gemacht: Die junge Generation will wissen, wie das damals in Deutschland war. Die jungen Leute wollen wissen, wie und warum eine Diktatur so lange existiert hat. Sie wollen ihre Sinne schärfen, um aus der Diktatur zu lernen. Das hat mich sehr bestätigt. Was wir an Angeboten machen, gerade auch die Nutzung der Stasi-Akten, ist ein Weg, der nicht nur für die Betroffenen, die die DDR selbst erlebt haben, wichtig ist, sondern auch für die nachfolgenden Generationen. Auch für die nachfolgenden Generationen ist wichtig, dass diese Akten der Geheimpolizei der Staatssicherheit genutzt werden können.

Wir merken das auch immer dann, wenn wir ausländische Besucher haben. Vor zwei Wochen hatte ich eine Ägypterin hier, die für eine Menschenrechtsorganisation arbeitet und vom Goethe-Institut eingeladen war. Sie hat sich informiert, wie wir in Deutschland einen rechtsstaatlichen Weg geschaffen haben, diese Akten der Geheimpolizei zu nutzen. Diese Frage wird gerade in den Umbruchstaaten immer wieder gestellt. Deshalb hat sich auch schon eine Kontinuität entwickelt, den Auslandsstipendiaten des Deutschen Bundestages die Möglichkeit zu bieten zu erkennen, wie in Deutschland die Aufarbeitung organisiert worden ist. Dabei ist natürlich ein Besuch bei der Stiftung Aufarbeitung, der Besuch in verschiedenen Gedenkstätten, aber auch der Besuch im Stasi-Unterlagen-Archiv ein wichtiger Punkt.

Demokratie statt Diktatur, das ist das Signal, das

vor 25 Jahren von Deutschland aus weltweit gesandt worden ist. Dazu gehört, diese Demokratie lebendig zu halten, die Stasi-Akten zu nutzen, um die Demokratie zu gestalten. In dieser Hinsicht ist dieses Signal, das von der friedlichen Revolution ausgegangen ist, etwas Besonderes. Es ist erstmalig in der Welt gelungen, dass die Akten einer Geheimpolizei von den Menschen gesichert und zugänglich gemacht wurden. Diese Erstmaligkeit in der Welt und wie die Akten genutzt werden, das strahlt Vorbildwirkung aus. Es sind inzwischen über sechs Millionen Anträge zur Nutzung der Akten bei uns eingegangen. Über zwei Millionen Menschen haben in ihre Akten geschaut, und – man glaubt es gar nicht – über 5.000 Anträge zur Akteneinsicht gibt es noch jeden Monat. Da bleibt also noch einiges zu tun. Natürlich wollen Medien und Wissenschaft diese Akten auch weiter nutzen. Gerade gestern war wieder das Team der Serie „Weißensee“ da. Die ARD-Serie schildert sehr eindringlich und an menschlichen Beispielen, wie die Stasi und die SED-Diktatur funktioniert haben. Dieses Team war gestern also zu Gast und dreht jetzt die neue Staffel für die ARD-Serie.

Wissenschaft ist natürlich wichtig. Für Projekte wie für die Ermittlung der Toten an der innerdeutschen Grenze sind die Akten immer wieder wichtiger Ausgangspunkt für die Recherchen. Das Stasi-Unterlagen-Archiv ist als ein Teil der Aufarbeitung nicht mehr wegzudenken.

Ich betone aber noch einmal: Die Diktatur in der DDR war keine Stasi-Diktatur, sondern eine SED-Diktatur. Es ist wichtig, dass wir den Horizont erweitern, es ist wichtig, dass wir den Alltag in der Diktatur beschreiben. Dabei ist nicht das Stasi-Unterlagen-Archiv an sich gefragt, sondern die Gesellschaft. Sie soll den Blick in die Akten werfen und die verschiedenen Interpretationen liefern, damit wir uns streiten können, wie es damals war. Es geht nicht darum, staatlich ein Bild vorzugeben. Wir leisten unseren Beitrag mit unseren Publikationen, gerade indem wir Editionen von Akten herausgeben zum Aufbruch im Herbst 1989, zu Berichten der Stasi an das Politbüro oder Editionen von Abhörprotokollen der Stasi. Der neue Dokumentenband mit Abhörprotokollen und wissenschaftlicher Einordnung ist etwas ganz Einmaliges, etwas bisher noch nie auf der Welt



Gesehenes. Abgehörte Telefongespräche, die mit Einverständnis der Betroffenen dokumentiert werden, lassen einen Blick in das Wirken der Stasi zu. Sie sind nicht nur Zeugnisse der Repression, sondern des Freiheitswillens von Menschen. Es ist, glaube ich, immer wieder wichtig, dass wir die Stasi-Akten insgesamt als Dokumente betrachten, die uns als Mittel der Aufklärung dienen können, nicht nur über das Wirken dieser Geheimpolizei, sondern auch gerade in Richtung einer friedlichen Revolution. Wie haben die Menschen es geschafft, ihre Angst am Ende zu überwinden und diese friedliche Revolution zum Erfolg zu führen?

In diesem Sinne kann ich nur sagen: Die Akten müssen weiter offenbleiben. Das hat auch der Deutsche Bundestag in seinem Einsetzungsantrag für die Expertenkommission zur Zukunft der Behörde für Stasi-Unterlagen deutlich ausgedrückt. Das ist ein Signal an diese Gesellschaft. Wie das organisiert wird, wird jetzt die Expertenkommission beraten und schauen, wo können wir etwas besser machen, welche Strukturen können besser organisiert sein, wie kann man den Blick erweitern. Ich bin ganz optimistisch, dass die Experten gute Vorschläge erarbeiten und Sie dann als Bundestag die richtigen Entscheidungen treffen werden.

Eins ist wichtig, Aufklärung ist eine Säule unserer Demokratie und die sollte weitergehen. Danke.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Herr Jahn. Ich bitte nun Frau Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung, um ihren Beitrag.

Dr. Anna Kaminsky (Geschäftsführerin Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, vielen Dank für die Einladung. Ich werde jetzt nicht alles in der Kürze der Zeit vortragen können, was Sie in dem Papier mit meinem Statement finden, das verteilt worden ist. Ich werde mich auf die wesentlichen Punkte beschränken.

Wir alle wissen, dass bis zum Herbst 1989 die SED nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Vergangenheit der Ostdeutschen beherrschte. So

nimmt es nicht Wunder, dass ein wichtiges Thema in der friedlichen Revolution, aber auch unter der letzten, der einzig demokratisch gewählten DDR-Regierung die Auseinandersetzung mit und die Aufklärung des von der SED begangenen Unrechts und der Verbrechen war. Dieser Prozess hält mittlerweile seit 25 Jahren an. Wenn man sich anschaut, was in diesem Jahr nicht nur von unserer Bundesstiftung, sondern von vielen, vielen Partnern im ganzen Land aus diesem Anlass auf die Beine gestellt worden ist, dann ist das eine wirklich sehr beeindruckende Bilanz.

Ich will hier nicht im Einzelnen auf die vielen Veranstaltungen oder auf unsere Ausstellung eingehen, die viele von Ihnen schon in Ihren Wahlkreisen gezeigt oder an Schulen vermittelt haben. Das kann man an anderer Stelle viel besser nachlesen. Ich würde mich gern an dieser Stelle auf die Baustellen beschränken, auf das, was vor uns liegt, denn auch zu 25 Jahren friedliche Revolution hört man immer wieder, ob es nicht langsam genug sei, ob nicht ein Schlussstrich angebracht wäre. Einige der Baustellen, die wir in der Aufarbeitung aktuell, aber auch künftig vor uns haben, möchte ich jetzt benennen.

Erstens: Wir müssen nach wie vor die dezentrale Aufarbeitungsstruktur und dezentrale Aufarbeitungsinstitutionen in der Fläche, in den Regionen stärken. In den vergangenen 25 Jahren hat sich glücklicherweise eine Erinnerungskultur herausgebildet, die zunehmend die gesamtdeutsche Aufgabe und die gesamtdeutsche Herausforderung der Auseinandersetzung mit der Diktatur in SBZ und DDR annimmt. In dieser Hinsicht ist Berlin auch eine Hauptstadt der Aufarbeitung geworden. Aber darüber hinaus gibt es zahlreiche Orte, die in der Fläche immer noch unter prekären finanziellen und personellen Umständen arbeiten müssen. Einige dieser Institutionen, dieser Vereine, können wir mit unserer Projektförderung unterstützen, aber Sie wissen auch, dass wir nur dank Ihrer Unterstützung aus dem Bundestag in diesem Jahr durch zusätzliche Sondermittel unser Haushaltsdefizit ausgleichen konnten und damit weitere Projekte überhaupt erst möglich waren. Trotz vieler zweifelloser Fortschritte in dem Bereich gibt es noch immer etliche Institutionen, die eine institutionelle Grundsicherung benötigen, diese aber bisher nicht haben. Ich möchte hier nur die



Robert-Havemann-Gesellschaft, das wichtigste DDR-Oppositionsarchiv, erwähnen, die seit mittlerweile über 25 Jahren versucht, sich mit einer Projektförderung über Wasser zu halten.

Machen wir uns nichts vor, wenn keine ausreichenden Gelder für die Aufarbeitung zur Verfügung stehen, um Projekte dezentral und regional realisieren zu können, gibt es letztlich auch keine Basis dafür, um Geschichtsarbeit zu leisten. Hier sind auch weiterhin Mittel, nicht nur des Bundes, sondern auch der Länder und Kommunen, erforderlich, um die Auseinandersetzung mit der Nachkriegsdiktatur aber auch ihren Folgen in der Deutschen Einheit mit vielfältigen Angeboten zu unterstützen.

Zweitens: Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur muss noch weit stärker als gesamtdeutsches Thema und nicht als regionales Ost-Thema aufgegriffen werden.

Ein dritter, wichtiger Punkt ist die SED-Diktatur, die kommunistische Diktatur, die Teilung und deren Folgen als Thema in Wissenschaft und Forschung. Wir haben in den vergangenen Jahren mit großer Sorge beobachtet, dass die Themen DDR und kommunistische Diktatur zunehmend aus der Forschung und der Lehre an den Universitäten verschwinden. Um nur an einem Beispiel die Folgen deutlich zu machen: Das hat bereits Auswirkungen in der Lehrer-Ausbildung. Denn was die Lehramtsstudenten von heute nicht lernen, werden sie künftig kaum im Unterricht vermitteln oder aufgreifen können, weil es ihnen möglicherweise gar nicht präsent ist.

Damit sind wir beim nächsten großen Thema: SED-Diktatur und deutsche Teilung als Thema der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit. Der Vorsitzende hat unsere jüngst in Auftrag gegebene Umfrage bereits erwähnt. Sie hat einerseits bestätigt, was wir schon seit mehreren Jahren aus verschiedenen Studien wissen: Das Wissen gerade der unter 30-Jährigen, also derjenigen, die erst nach der Deutschen Einheit geboren worden sind oder damals Kleinkinder waren, ist nicht besonders ausgeprägt. Was aber sehr ermutigend ist, ist das große Interesse, das gerade von den unter 30-Jährigen an den Tag gelegt wird. Über 80 Prozent bekunden, die Auseinandersetzung mit

und die weitere Aufarbeitung der Diktaturschicht sind ein besonders wichtiges Thema und sie möchten gern mehr darüber erfahren.

Wir stellen immer wieder fest, dass wir vor allem dann mit unseren Themen auch in den Schulen und im Unterricht stattfinden, wenn diese Themen verbindlich als Prüfungsthema aufgenommen werden. Dann kommen die Lehrer nicht mehr umhin, auch die Nachkriegsgeschichte und die Nachkriegsdiktatur in ihrem Unterricht zu behandeln.

Letzter, ebenfalls sehr großer Punkt sind die Entschädigungsregelungen für die Opfer der Diktatur. Auch diese müssen verbessert werden trotz der vielen, vielen guten Dinge, die in den vergangenen 25 Jahren gerade an Entschädigungsleistungen, an materiellen Zuwendungen, aber auch an Rehabilitierungsgesetzen geleistet worden sind. Nicht immer erreichten die damit verbundenen Entschädigungssätze oder Renten eine angemessene Höhe, Verbesserungen mussten oft in sehr, sehr langen Kämpfen erstritten werden. Und noch immer stehen ehemals Verfolgte weit schlechter da als ihre Peiniger von damals. Hinzu kommt, dass es gerade bei der Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden noch immer recht hohe verwaltungsrechtliche Hürden gibt, die für viele Opfer abschreckend wirken, die mit demütigenden Verfahren einhergehen und bei vielen Betroffenen zur Resignation führen. Anlässlich 25 Jahre friedlicher Revolution und Überwindung dieser Diktatur plädiere ich noch einmal dafür, sich doch dafür starkzumachen, dass die Umkehr der Beweislast eingeführt wird.

Letztlich geht es aber auch darum – Roland Jahn hat es schon erwähnt –, eine Erweiterung der Perspektive und teilweise einen Perspektivwechsel vorzunehmen. Wir wissen mittlerweile sehr viel über das Ross, über die Staatssicherheit, aber wir wissen recht wenig über die SED, über den Reiter, über den eigentlichen Herrn im Lande. Wir wissen recht wenig darüber, wie auf der lokalen und regionalen Ebene die Macht der SED durchgesetzt wurde, wie in das Leben von Einzelnen eingegriffen wurde und auch, wie sich der diktatorische Alltag gestaltet hat. Und eine weitere Perspektivenerweiterung betrifft die Sprache. Wir sprechen



von SED-Diktatur, gestatten Sie mir diesen kleinen Nebensatz: In der Tschechischen Republik oder in Polen würde niemand auf die Idee kommen, von der PVAP-Diktatur oder der KPČ-Diktatur zu sprechen. Da wird ganz selbstverständlich von der kommunistischen Diktatur geredet.

Wir müssen eine Perspektiverweiterung vornehmen, nicht nur geografisch von Ost nach West, sondern auch in einer zeitlichen Perspektive. 2017 jährt sich die Oktoberrevolution zum 100. Mal, der Umsturz, mit dem die Bolschewiki sich damals an die Macht putschten. Auch diese Geschichte der kommunistischen Ideologie und des Kommunismus an der Macht gilt es, stärker in der Forschung, aber auch in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit zu bedenken. Und, last but not least: Wir alle wissen, dass Jahrestage Schrittmacher der Erinnerungskultur sein können und auch von uns dazu genutzt werden, Themen, die oftmals nur am Rande des öffentlichen Interesses stehen, stärker in den Mittelpunkt zu rücken. 2015 jährt sich die Deutsche Einheit zum 25. Mal. Das sollte ein wichtiger Ansatzpunkt sein, um anzuschauen, was in den vergangenen 25 Jahren erreicht wurde und wo es Fehlentwicklungen gab, die möglicherweise heute noch zu korrigieren sind.

Sie wissen, ich spreche heute hier als Geschäftsführerin der Bundesstiftung. Deshalb gestatten Sie mir, dass ich noch einmal auf unsere finanzielle Notlage hinweise, die nicht durch uns verschuldet ist, sondern durch die Niedrigzinsphase an den Märkten. Sie haben uns in diesem Jahr bereits geholfen, viele wichtige Projekte aus Anlass 25 Jahre friedlicher Revolution umsetzen zu können, aber auch 2015 steht dieses Problem leider wieder vor uns. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir Sie wieder an unserer Seite hätten. Ich weiß, bei vielen von Ihnen ist das der Fall. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Sehr herzlichen Dank, Frau Dr. Kaminsky. Herr Wagner, Vorsitzender der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, herzlich willkommen noch einmal. Jetzt haben Sie das Wort.

Rainer Wagner (Bundesvorsitzender Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft

e.V.): Vielen Dank für die Einladung. Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, die Opferverbände und die Opfer, die sich dort organisieren, sind dankbar dafür, dass wir 25 Jahre in Demokratie und Freiheit hinter uns haben und 25 Jahre lang Aufarbeitung geleistet wurde. Trotzdem sieht jeder, der auch nur auf die normale Medienberichterstattung schaut, dass viele Baustellen existieren, an denen unbedingt weiter gearbeitet werden muss.

Ich will ein paar Gedanken einbringen, die nicht in meinem Skript stehen. Wenn Sie in dieser Woche an die gestohlenen Mauerkreuze denken und dann zufällig im Internet auf der Seite eines Bundestagsabgeordneten die Information finden, dass der Dieb und Politik-Clown, der das organisiert hat, von einer im Bundestag vertretenen Partei mit einer Spende von 800 Euro ausgestattet worden ist, wenn diese Leute dann auch noch Verantwortung übernehmen wollen für die Aufarbeitung in bestimmten Teilen Deutschlands, dann fragt man sich, wie das werden wird, wer dann irgendwann für welchen Clown-Einsatz etwas bekommt.

Einiges ist schon angeschnitten worden. Es herrscht eine gewisse Unwissenheit, die in der Jugend existiert und die sich ausbreitet. An der Stelle kann weiter gearbeitet werden und wird sicherlich auch gearbeitet werden.

Für uns hat dieses Jahr sehr euphorisch begonnen. Wir erfuhren, allerdings nur aus dem Buschfunk, dass in diesem Jahr das SED-Unrechtsbereinigungsgesetz noch einmal ergänzt werden sollte. Eine offizielle Mitteilung haben wir auch später nur durch die Medien erhalten. Wir haben uns aber sehr früh als Opferverbände an das zuständige Ministerium gewandt. Der Brief ist im Ministerium leider verlorengegangen. Wir bekamen weder eine Eingangsbestätigung noch eine Einladung zu einem Gespräch. Versicherungslobbyisten oder Vertreter von Pharmaunternehmen bekommen von den entsprechenden Ministerien manchmal sogar das Angebot, Gesetze vorbereitend zu erarbeiten. Wir haben nichts bekommen, nicht einmal ein Gespräch. Als dann deutlich wurde, dass das Gesetz kommen wird und dass unser Brief verlorengegangen sein sollte, kam die Sommerpause, wodurch wir wieder keinen



Gesprächstermin beim entsprechenden Ministerium bekamen.

Ich möchte an dieser Stelle aber sehr positiv hervorheben, dass es etliche Abgeordnete des Bundestages gab, mit denen wir sprechen konnten und bei denen ich davon ausgehe, dass sie unsere Gedanken weitergegeben haben. Diese Überarbeitung des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes hätte ein großer Wurf werden können, wird es aber nicht. Stattdessen wird nur eine Erhöhung für die bereits bis jetzt Bedachten um 50 Euro kommen. Diese Erhöhung wird verkauft als Erhöhung um 20 Prozent. Man kann das aber auch anders rechnen. Wir sind im Augenblick, wenn wir zurückrechnen, bei einer Kaufkraft von 219 Euro angekommen. Wir kommen so langsam wieder auf den Stand von vor sieben Jahren.

Ich möchte aber nicht feilschen, sondern nur unsere Probleme mit der relativ niedrigen Summe der Entschädigung für die ehemaligen Häftlinge zum Ausdruck bringen. Sie ist niedrig. Im Durchschnitt erhalten die ehemaligen Häftlinge weit niedrigere Altersbezüge oder Ähnliches als der Durchschnitt der Angepassten und Mitläufer in der damaligen DDR. Was uns aber vor allen Dingen sehr betroffen macht, ist, dass immer noch wichtige Gruppen überhaupt nicht bedacht sind. Wenn so ein Gesetz erarbeitet wird, hätte man sich doch überlegen können, wie man die Probleme der Traumatisierten, die durch Zersetzungsmaßnahmen in Probleme geraten sind, wie man diese Probleme hätte nachweisen können und wie man diesen Leuten hätte helfen können. Hier geschieht nichts. Ganz besonders bitter ist, dass die zwangsdeportierten Frauen, die nach dem Krieg nach Russland transportiert wurden, immer noch nicht bedacht werden. Das Einzige, was ihnen zugutekommt, ist eine kleine Hilfe über die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn. Diese Gruppe Frauen stirbt jetzt wirklich langsam aus. Vor sieben Jahren wurde uns gesagt, dass man für diese Frauen etwas tun wird. Es ist nichts geschehen.

Es gibt weitere Gruppen, Sie können das in meinem als Tischvorlage verteilten Text sehen, auf den ich schon hingewiesen habe.

Ein weiteres großes Problem besteht darin, dass

dann, wenn einer verstirbt, der diese geringfügige Opferrente bekommen hat, sein Ehepartner – in dieser Generation sind das normalerweise die Witwen – oftmals in ein finanziell tiefes Loch fällt. Die Witwen bekommen – und diese Generation hat wenig eigene Rentenanwartschaft erworben – dann 60 Prozent dessen, was der Mann an normaler Rente hatte. Von der Ehrenpension – die in der Praxis eine soziale Hilfe für ehemalige Häftlinge darstellt – bekommen die Witwen nichts mehr. Diesen Frauen hätte man wenigstens ein kleines Stückchen entgegenkommen können. Aber man hat in dieser Hinsicht nichts getan.

Ein weiteres Problem stellt die Anerkennung von Gesundheitsschäden dar. Auch hier steht eine Lösung noch aus. Leider befürchten wir wegen ähnlicher Erfahrungen in der Vergangenheit, dass wir vom zuständigen Ministerium wieder keine Einladung, keine Anfragen, nichts bekommen. Ich weiß deshalb nicht, was zum Schluss herauskommen soll. Wir sind jedenfalls davon überzeugt, dass nur eine Beweislastumkehr hilft. Alle anderen Vorgaben führten immer wieder dazu, dass einzelne Betroffene durch die Untersuchungsmaßnahmen des Medizinischen Dienstes und der Versorgungsämter in die Retraumatisierung hineingerieten.

Ein weiteres Thema wäre die Frage nach einem Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Diktaturen. Wir sind langsam eines der letzten Länder des ehemaligen kommunistischen Einflussbereichs, in dem es so etwas nicht gibt. Es gibt zwar an einigen Orten auf bestimmte Projekte bezogene Erinnerungsstätten, für die wir auch dankbar sind und wo wir auch wirklich froh sind, dass da immer wieder auch die entsprechenden Unterstützungen kommen. Aber es müsste ein zentrales Mahnmal für die Opfer des Kommunismus geschaffen werden. Wenn ich mir Ostdeutschland ansehe, dann sehe ich viele Erinnerungen an Persönlichkeiten und Themen, die für das damalige kommunistische System eine Rolle gespielt haben. Für die Opfer sehe ich so etwas kaum. Wir schaffen es nicht einmal, dass Peter Fechter in Berlin ein Ehrengrab bekommt. Er hat ja nichts für Berlin getan, ist uns von jemandem gesagt worden. Dass eine Straße in Peter-Fechter-Straße umbenannt wird, dahin führt kein Weg. Er ist keine so bedeutende Persönlichkeit. Ich selbst



habe es vor ein paar Jahren mit dem Pfarrer-Brüsewitz-Platz oder mit der Pfarrer-Brüsewitz-Straße versucht. Es war nichts möglich. Es fanden sich immer irgendwelche Gesetzeslücken, aufgrund derer das alles nicht passieren konnte.

Eine Sache ist schon erwähnt worden. Wir beobachten, durchaus auch mit Verärgerung, dass die Institutionen, nicht die UOKG, sondern zum Beispiel die Bundesstiftung, letztlich den Launen des Kapitalmarkts ausgesetzt sind. Ich denke, hier muss eine dauerhafte Lösung her, damit nicht jedes Jahr neu gesucht werden muss, wie die Gelder an diese Institutionen weitergegeben werden können, die für alle anderen, die an der Aufarbeitung mitarbeiten, ganz wesentliche Bedeutung haben.

Ich vertrete die Opfer. Deswegen klang, was ich gesagt habe, vielleicht jetzt alles ein bisschen negativ und ein bisschen provokativ. Ich möchte am Ende noch einmal sagen: Wir sind dankbar dafür, dass wir hier in diesem freien Land leben dürfen. Und ich sage Ihnen: Wenn wir etwas von der Rente abgeben müssten oder nichts bekämen, aber wir hätten die Demokratie, dann wäre uns das tausendmal lieber, als wenn Erich Honecker uns allen den Vaterländischen Verdienstorden verliehen hätte. Aber es gibt diese Lücken, es gibt diese Probleme, die ich geschildert habe. Wir leben in einem freien Land und wir vertreten Menschen, die dafür gekämpft haben, die unter Einsatz ihres Lebens, ihrer Gesundheit, ihrer Freiheit sich für die jetzige Demokratie eingebracht haben. Man darf diese Menschen nicht aus dem Auge verlieren, besonders nicht die Schwächsten. Die Frauen, von denen ich sprach, sind jetzt zwischen 80 und 95 Jahre alt. Diese Frauen können sich ja kaum noch äußern. Wenigstens den letzten von ihnen sollte man zeigen: Wir haben Euch nicht vergessen, wir haben Euch nicht übersehen. Das Problem ist der Politik seit langem bekannt.

Der **Vorsitzende**: Schönen Dank, Herr Wagner. Ich finde es absolut richtig und wichtig, dass Sie die Gelegenheit nutzen, die Dinge so zu benennen, wie Sie sie sehen und wie sie angesprochen werden müssen. Das haben Ihre Vorredner in ähnlicher Weise getan. Es kann hier nicht um einen Schmusekurs der Wohlgefälligkeit gehen, das würde uns alle nicht weiterbringen.

Ich freue mich jetzt auf die Ausführungen von Herrn Dr. Weißbach. Die Frage der Würdigung Ihrer Arbeit, der Arbeit Ihrer Institution ist ebenfalls ein offener Punkt, wie vorhin schon von Frau Dr. Kaminsky touchiert. Aber ich will dem Ergebnis nicht vorgreifen, Sie haben das Wort.

Dr. Olaf Weißbach (Geschäftsführer Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Parlamentarier, vielen Dank für die Einladung und die Gelegenheit, über die Arbeit der Robert-Havemann-Gesellschaft zu informieren.

Die Robert-Havemann-Gesellschaft ist im Kreis der hier anwesenden oder vortragenden Institutionen zwar die kleinste, aber auch die älteste. Ein Kind der friedlichen Revolution, gegründet im November 1990 von Bürgerrechtlern der friedlichen Revolution. In den 24 Jahren unseres Bestehens sind wir den Kinderschuhen längst entwachsen und zu einer national wie international anerkannten Institution der gesellschaftlichen Aufklärung geworden. Worauf bezieht sich unsere Aufklärungsarbeit? Auf die Erinnerung und Vermittlung der Geschichte von Opposition und Widerstand gegen die kommunistische Diktatur.

Wie das konkret aussieht, möchte ich Ihnen anhand unserer Aktivitäten in diesem Jubiläumsjahr verdeutlichen. Da gibt es eine direkte und eine indirekte Beteiligung am Gelingen des Jubiläums. Direkt beteiligt ist die Robert-Havemann-Gesellschaft zum Beispiel in Zusammenarbeit mit den Kulturprojekten Berlin an dem großen Event „Lichtgrenze“, das am Freitag beginnt und am Sonntagabend mit dem Aufsteigen von 8.000 Ballons in den Berliner Abendhimmel enden wird. Die Lichtgrenze, wie Sie sicherlich wissen, markiert den Verlauf der ehemaligen Mauer von der Bornholmer Straße bis zur Oberbaumbrücke. Berlin erwartet zwei Millionen Besucher, und ich bin mir sicher, dass es eine beeindruckende Veranstaltung wird. Weil es uns aber darauf ankommt, dass die Besucher auch etwas darüber erfahren, wie das Leben in der geteilten Stadt war, welche Aktivitäten es in Ost und West gegen die Mauer gab, was die Voraussetzungen für den Mauerfall waren, haben wir entlang der Lichtgrenze eine temporäre Open-Air-Ausstellung kuratiert, in der 100 Mauer geschichten erzählt werden.



Diese beiden Beispiele mögen genügen, um Ihnen zu zeigen, an welchen großen Projekten wir in diesem Jahr beteiligt sind.

Viel wichtiger ist mir nämlich, Ihnen etwas zu der indirekten Beteiligung an Veranstaltungen, Ausstellungen, Publikationen im Jubiläumsjahr zu berichten. Das bezieht sich auf unser Archiv der DDR-Opposition, das die Robert-Havemann-Gesellschaft seit 22 Jahren betreibt und das sich zum größten und bedeutendsten Archiv mit dem Sammlungsschwerpunkt Opposition und Widerstand gegen die kommunistische Diktatur entwickelt hat. Dass es so ist, ist dem Engagement der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Robert-Havemann-Gesellschaft zu verdanken und der Projektförderung, vornehmlich durch den Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und die Bundesstiftung Aufarbeitung, für die wir selbstverständlich sehr dankbar sind.

Zum Bestand unseres Archivs einige Eckdaten: 500 laufende Meter Schriftgut, mehr als 180.000 Fotos, 800 Plakate, ca. 500 Objekte und zahlreiche einmalige Film- und Tondokumente. In diesem Jubiläumsjahr wurden bis zum heutigen Tag mehr als 1.000 Nutzeranfragen aus dem In- und Ausland bearbeitet. Es gibt wohl keine größere Ausstellung zum Thema „friedliche Revolution und Mauerfall“, in der nicht Material aus unserem Archiv verwendet wird.

Das Archiv befindet sich derzeit auf drei Etagen im Hinterhaus in der Schliemannstraße 23 im Stadtteil Prenzlauer Berg. Es ist für unsere Stadt, die auch Hauptstadt ist, ein Gewinn, dass das Archiv, das sich national wie international einer sehr hohen Wertschätzung erfreut, hier seinen Standort hat. Jedoch sei an dieser Stelle vermerkt: Wenn wir staatliche oder nichtstaatliche Organisationen empfangen, zum Beispiel aus Südkorea, aus China, aus Südafrika oder aus Südamerika, Organisationen und Institutionen, die sich mit Dikturaufarbeitung beschäftigen und die sehr daran interessiert sind zu erfahren, wie die Ostdeutschen eine Diktatur gewaltfrei beseitigen konnten, dann wurden wir schon oft gefragt, warum gerade diese Zeugnisse der friedlichen Revolution, auf die wir doch so stolz sein können, in einem Hinterhaus in Prenzlauer Berg sind.

Wie ist die Perspektive des Archivs der DDR-Opposition? Zukunft hat für uns einen klar umrissenen Zeithorizont. Der geht in der Regel vom 1. Januar bis 31. Dezember. Was danach kommt ist erst einmal ungewiss und nicht Gegenstand einer seriösen Perspektivplanung. Das ist nämlich das Prinzip von Projektarbeit, mit der das Archiv bisher ausschließlich betrieben wird. Projektarbeit hat in vielen Bereichen ihre Berechtigung und neben den oben genannten Projekten haben wir auch in der Vergangenheit große Projekte realisiert. Denken Sie an die überaus erfolgreiche Open-Air-Ausstellung auf dem Berliner Alexanderplatz zur friedlichen Revolution, die 2009 und 2010 gezeigt wurde oder denken Sie an die Revolutionsstelen, mit denen wir 18 Orte der friedlichen Revolution in Berlin markiert haben. Beide Projekte wurden finanziert aus Bundes- und Landesmitteln.

Aber es liegt in der Natur der Sache, dass ein Archiv, das auf Dauer angelegt ist, das auch zukünftigen Generationen zur Verfügung stehen soll, nicht auf Basis von Projektarbeit betrieben werden kann. Eine langfristige Planung der Archivarbeit ist auf dieser Grundlage nicht möglich. Für die Sicherung und Erweiterung der Bestände sowie für die Aufrechterhaltung einer hochwertigen Nutzerbetreuung bedarf es dringend einer verlässlichen Regelfinanzierung, das heißt einer institutionellen Förderung.

Prekär ist darüber hinaus auch die räumliche Situation des Archivs. Das wertvolle Kulturgut muss archivgerecht aufbewahrt werden. Die Räumlichkeiten in der Schliemannstraße sind dafür völlig ungeeignet. Die Räume haben weder die notwendige Statik, noch sind die klimatischen Bedingungen für die dauerhafte Erhaltung des Materials geeignet und ganz zu schweigen davon, dass es zum Beispiel keine Brandschutzvorrichtungen gibt.

In diesem Jahr haben uns Parlamentarier des Deutschen Bundestages und des Berliner Abgeordnetenhauses besucht, unter anderem Herr Ehrmann, Frau Lotze, Herr Wanderwitz, Herr Dr. Lengsfeld, Herr Liebich und zum 17. Juni der Bundespräsident. Alle waren von unserer Arbeit beeindruckt und der festen Überzeugung, dass die Zeugnisse von Opposition und Widerstand



dauerhaft zu erhalten sind, weiterhin zugänglich sein müssen und dass es deshalb dringend einer institutionellen Förderung und einer angemessenen Unterbringung des Archivs bedarf.

Wir sind ja nicht hoffnungslos, obwohl wir 2010 nach der großen Ausstellung auf dem Alexanderplatz seitens der Politik einen ähnlich großen Zuspruch erfahren haben, aber am Ende keine dauerhafte Sicherung des Archivs zustande kam. Das sieht heute etwas anders aus und darauf beruht auch unsere Hoffnung, nämlich auf der Umsetzung der Vereinbarung im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD. Dort heißt es nämlich: „Das im Gedenkstättenkonzept enthaltene Themenfeld Opposition und Widerstand setzt die Koalition unter anderem um, indem das von der Robert-Havemann-Gesellschaft bewahrte Archiv der DDR-Opposition und die Open-Air-Ausstellung ‚Friedliche Revolution 1989‘ dauerhaft gesichert werden.“

Die Umsetzung des einen Punktes, nämlich Dauerausstellung zur friedlichen Revolution 1989/90, ist auf dem besten Weg. Die Lotto-Stiftung Berlin und die BKM haben die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt und dafür sind wir sehr dankbar. Die Ausstellung wird als Open-Air-Ausstellung auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg im nächsten Jahr gezeigt werden. Aber wohl gemerkt, es ist ein Projekt, das ein Ende hat. Wenn der andere Punkt aus dem Koalitionsvertrag, nämlich „dauerhafte Sicherung des Archivs“, nicht umgesetzt wird, dann hat sich an unserer prekären Lage rein gar nichts geändert. Aber soweit wollen wir es ja nicht kommen lassen. Ich vertraue darauf, dass dieser Punkt, der ein selbstgestellter politischer Auftrag der Regierungskoalition ist, erfüllt wird.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.

Der **Vorsitzende**: Schönen Dank, Herr Dr. Weißbach. Frau Birthler, bitte schön, wir freuen uns auf Ihre Ausführungen.

Marianne Birthler: Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete. Mir ist das Privileg wohl bewusst, dass ich eingeladen wurde, obwohl ich hier keine Institution vertrete. Das bedeutet zugleich aber auch eine kleine Schwierigkeit, weil

ich überlegen musste, worüber ich eigentlich heute reden will. Ich habe freie Hand bekommen und mir überlegt, dass ich ein paar Themen herausgreife, die sich in der aktuellen Debatte befinden.

Vorab sei gesagt, dass mir, genauso wie allen anderen, die mit der Aufarbeitung beschäftigt sind, immer wieder die Frage gestellt wird: Frau Birthler, 25 Jahre danach, wie ist ihre Bilanz der Aufarbeitung? Meine Antwort hängt immer ein bisschen von der Tagesform ab. Mal bin ich sehr stolz darauf, was wir erreicht haben. Gerade im internationalen Vergleich ist das Erreichte sehr eindrucksvoll. Wir schlagen, glaube ich, viel zu wenig Kapital aus dem Umstand, dass vieles von dem, was wir tun, quasi zum Exportartikel geworden ist und unser Weg der Aufarbeitung zum Maßstab geworden ist. Außerdem ist er eine große Unterstützung für Menschen in anderen Ländern, die sich unter großen Risiken, teilweise unter Lebensgefahr, dafür einsetzen, dass die Vergangenheit offengelegt und auch öffentlich diskutiert wird. Für diese Menschen ist allein die Art, wie Deutschland mit der Vergangenheit umgeht, eine ganz große Rückenstärkung. Ich finde, wir sollten uns bei vielen Einzelentscheidungen dieser internationalen, zumindest aber europäischen Verantwortung bewusst sein.

Was hier heute auch noch keine große Rolle gespielt hat, mir aber vor nicht allzu langer Zeit aufgefallen ist: Autoren und Filmemacher nehmen sich sehr viel stärker als in den ersten 15 oder 20 Jahren nach 1989 des Themas an. Fast könnte man sagen, dass das ein Zeichen dafür ist, dass das Thema in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Es gibt inzwischen zahlreiche Filme oder Bücher für den Massengeschmack, ich sage das jetzt ohne jede Abwertung, Filme, die nicht nur Spezialisten interessieren. Auch Belletristik auf dem Sektor der Kinder- und Jugendliteratur gibt es inzwischen. Das sind, glaube ich, sehr gute Zeichen.

Doch es gibt auch eine andere Seite, die beunruhigenden Befunde, die eben schon im Gespräch waren. Viele Opfer leben in prekären Verhältnissen. Ihnen fällt es schwer zu akzeptieren, dass diejenigen, denen sie ihr Schicksal verdanken, sich nie vor den Schranken eines Gerichts zu verantworten hatten. Und es gibt nach wie vor Tendenzen, den Kommunismus zu verharmlosen.



Ich komme darauf gleich zurück.

Zunächst aber zum 25. Jahrestag: Ich finde ganz prima, was jetzt alles geschieht. Ich freue mich sehr auf den Sonntagabend und die Ballonaktion. Ich gewinne nur in Gesprächen immer wieder den Eindruck, die Leute bringen alles durcheinander, den 9. Oktober, den 9. November, den 3. Oktober, obwohl es ja nur drei, vier Tage sind. Vielleicht, denke ich manchmal, hätten wir doch einen Feiertag der Freiheit einführen sollen. Aber man kann das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen und egal, was der Bundestag sich ausdenkt, der Jahrestag des Mauerfalls am 9. November wird wohl immer gefeiert werden. Das ist auch ganz in Ordnung.

Mein zweiter Punkt bezieht sich auf etwas, was ich gelesen habe, kurz bevor ich hierher fuhr, und was mich sehr bedrückt. Ich wusste zwar schon, dass die Kreuze vom Spreeufer gestohlen worden sind, aber ich habe erst jetzt den Zusammenhang verstanden. So großen Respekt ich vor dem gewichtigen Thema der Flüchtlingspolitik habe und so ratlos ich angesichts dessen bin, was Menschen an den Grenzen der europäischen Union erleiden und wie sie diese Grenze empfinden, finde ich, dass kein noch so gewichtiges politisches Thema es rechtfertigt, die Opfer der innerdeutschen Grenze zu beleidigen und das Gedenken an sie zu stehlen. Das finde ich wirklich empörend und ich wünsche mir, dass der Bundestag in geeigneter Weise darauf reagiert.

Aus zweierlei Gründen freue ich mich sehr über die Initiative zum Denkmal für die Opfer des Kommunismus. Einmal finde ich, dass wir das Denkmal der Gruppe der Opfer bzw. ihren Angehörigen schuldig sind, und zum Zweiten hat sich schon oft herausgestellt, dass der Diskussionsprozess vor der Errichtung eines Denkmals mindestens so wichtig ist, wie das Denkmal selbst. Auf die Diskussion darüber, den Streit über ein Konzept, kann man sich ja eigentlich schon freuen, obwohl es ganz bestimmt nicht einfach wird.

Erlauben Sie mir nun noch einen kleinen Blick auf Ihre Entscheidung zu werfen, eine Kommission zur Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde

einzusetzen. Obwohl der Bundesbeauftragte neben mir sitzt, nehme ich mir einfach das Recht, etwas dazu zu sagen. Ich bin ein bisschen ratlos, muss ich ehrlich sagen. Einerseits wird im Einsetzungsantrag eine ganze Seite lang beteuert, wie wichtig die Arbeit der Behörde ist, wie wichtig sie immer noch ist und dass sie unverzichtbar ist. Und dann wird, zwar nicht im Klartext, aber indirekt, mit dem Gedanken an ihre Abwicklung gespielt. Ich bringe das beides einfach nicht zusammen.

Es gibt den alten Satz: Never change a winning team. Ich glaube, dass diese Diskussion sehr, sehr aufmerksam, auch aus dem Ausland, beobachtet wird. Nach wie vor ist die Stasi-Unterlagen-Behörde so etwas wie ein Leuchtturm der Aufarbeitung und es wird sehr genau wahrgenommen, wie die Zukunft dieser Institution aussieht. Ich habe noch nicht ein einziges vernünftiges Argument dafür gehört, die Behörde abzuwickeln. Das einzige Argument, das ich immer höre, lautet: Sie war damals vor zwei Jahrzehnten als befristete Institution gedacht. Aber wir wissen doch, wie sich Dinge in 25 Jahren verändern. Ich habe, ehrlich gesagt, kein Verständnis dafür, dass man nur, weil man damals davon ausging, das Thema hätte sich binnen eines Jahrzehnts erledigt, heute meint, die Behörde ohne Schaden abwickeln zu können. In die Diskussion spielt sicherlich eine Menge hinein, auch Institutionenkonkurrenzen. Aber ich habe, ehrlich gesagt, die Befürchtung, dass das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Ich würde mir wünschen, dass man eher von der Zukunft her denkt: Was werden wir in zehn Jahren brauchen, in 20 Jahren? Was müssen wir deswegen jetzt verändern? Der Abbau einer Institution, deren Aufgaben man aber komplett erhalten will, scheint mir dafür nicht das Mittel der Wahl zu sein.

Ich hoffe auch, dass es kein schlechtes Zeichen ist, dass nur sehr wenige Kommissionsmitglieder einen ostdeutschen Hintergrund haben und niemand von den Kommissionsmitgliedern damals beteiligt war, als die Stasi-Akten vor der Vernichtung bewahrt wurden. Niemand aus der Kommission hat mit dafür gesorgt, dass die Akten uns heute zur Verfügung stehen. Das muss nichts Schlechtes bedeuten, aber es hat mich beunruhigt.



Zum Abschluss noch zu zwei politischen Themen: Natürlich beobachte ich, wie viele andere auch, die Debatte um den Begriff Unrechtsstaat. Diese Debatte könnte man schnell abtun. Ein Begriff ist ein Begriff. Aber selbstverständlich steht diese Debatte für manch anderes. Was mich besonders beunruhigt, ist die Verquickung mit politischen Interessen. Weder das Zugeständnis der Thüringer Linken, die geschluckt haben, dass man von Unrechtsstaat spricht, noch Gysis Distanzierung von diesem Beschluss, gelten ja der Sache selbst, also der Frage: War die DDR ein Unrechtsstaat oder nicht? In beiden Fällen sind das im Grunde genommen politische Instrumente, die ganz anderen Zwecken dienen. Das, finde ich, lohnt schon, betont zu werden, denn es zeigt, wie das Thema Aufarbeitung rein funktional gesehen wird.

Sichtbar wird in dieser Debatte die immer wieder mangelnde Unterscheidung zwischen politischem System und persönlichem Leben. Viel zu viele Menschen sind der Meinung, dass in dem Moment, in dem wir ein politisches System als Unrecht bezeichnen, auch jedes persönliche Leben entwertet wird. Ich habe den Eindruck, dass da die alte SED-Ideologie der Einheit von Staat und Volk noch fröhliche Urstände feiert. Ich persönlich werde nicht müde zu sagen, dass das persönliche Leben davon nicht betroffen ist. Sonst dürfte man im Grunde keinen Staat dieser Welt als Unrechtsstaat bezeichnen. Das kann man machen, aber ich glaube, dass wir solche Bezeichnungen brauchen, um uns von Unrechtssystemen zu distanzieren.

Was kann man tun auf diesem Gebiet? Es geht um eine glaubwürdige Erinnerungskultur. Es geht darum, Aufklärung zu leisten vor allem gegen die Verharmlosung des Kommunismus. Ich begegne zum Beispiel in Bezug auf die DDR immer wieder der Auffassung, dass der Anfang gut war, die Sache nur irgendwann entgleiste und entartet sei. Dazu kann ich nur sagen: Die ersten Jahre der DDR waren die schlimmsten und die blutigsten. Die ersten Jahre der DDR waren die Jahre, in denen fast 1.000 Menschen nach Moskau deportiert und dort erschossen worden sind. Ganz zu schweigen von denen, die in den Gulag kamen oder in Speziallagern saßen. Eine gute, dann allmählich entgleiste Idee sieht anders aus. Es ist

eher so, dass die Anfänge bereits zeigten, wie menschenverachtend das System war.

Bezeichnend ist auch, dass es zwar eine ganze Menge Forschungsinstitutionen gibt, aber – ich konnte es gar nicht glauben, als ich das kürzlich erfuhr – es in unserem großen reichen Land nicht einen einzigen Lehrstuhl für die Geschichte der DDR gibt, ebenso keinen zur Geschichte des Kommunismus, auch nicht des europäischen Kommunismus. Nun weiß ich, dass das nicht Sache des Bundestages ist, das ist Sache der Länder. Aber Sie alle sind Multiplikatoren, und ich würde mich freuen, wenn dieser Umstand skandalisiert würde. In den Universitäten werden die künftigen Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet. Wenn es keinen Lehrstuhl gibt, an dem diese Themen systematisch erforscht werden und diejenigen, die forschen, ihre Ergebnisse vermitteln, dann sehe ich für die Weitergabe solcher Inhalte an junge Leute in Zukunft wenig Chancen.

Letzter Punkt, der scheinbar nichts damit zu tun hat: Uns alle beunruhigt die aktuelle weltpolitische Lage. Ich selber habe den Eindruck, wir waren noch nie in einer Situation, in der es so viele politische Krisen und Probleme gab. Ob das der IS ist oder der Russland-Ukraine-Konflikt, die Reihe ist lang. Was können wir tun, um angesichts dieser Probleme nicht zu verzagen? Ich glaube, dass es angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen, und der weltpolitischen Lage noch nie so wichtig war wie heute, Demokratie und Freiheit öffentlich wertzuschätzen und dafür zu sorgen, dass Menschen beides nicht für Selbstverständlichkeiten halten, für irgendein Geschenk, das nicht infrage steht. Ich glaube, dass die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit einen Beitrag dazu leisten kann. In Gegenwart und Zukunft sehr viel Sorgfalt auf den Umgang mit überwundenen Diktaturen zu legen, kann die Wertschätzung von Demokratie und Freiheit stärken.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende: Auch Ihnen herzlichen Dank im Namen des Ausschusses für Ihre klaren Aussagen. Mein Vorschlag zum Verfahren ist, dass Frau Gleicke jetzt noch auf den Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit eingeht und wir



dann eine Diskussionsrunde starten.

Iris Gleicke (Parlamentarische Staatssekretärin im BMWi und Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer): Es sind hier auch einige Punkte angesprochen worden, die nicht in meiner Federführung liegen. Sie haben die Beweislastumkehr in Anerkennungsverfahren angesprochen. Dieses Thema ist im Bundesministerium für Arbeit und Soziales angesiedelt. Das Thema Opferentschädigung bearbeitet das Justizministerium, für die institutionellen Förderungen ist die Beauftragte für Kultur und Medien zuständig. Ich will aber sagen, dass wir natürlich zu all diesen Fragen mit den Kolleginnen und Kollegen in den zuständigen Fachausschüssen ins Gespräch kommen sollten.

Was den Bericht, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, zum Stand der Deutschen Einheit angeht, hatten wir Gelegenheit, ihn in erster Lesung im Parlament anzudiskutieren. Es war mir ganz wichtig, dass dieser Aneinanderreihung von Zahlen zur Lebensstandardentwicklung, zur wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten 25 Jahren ein Kapitel vorangestellt ist, das ganz ausdrücklich die Lebensleistung der Menschen in der DDR und in den neuen Bundesländern in den letzten 25 Jahren würdigt. Frau Birthler hat absolut Recht, die DDR war ein Unrechtsstaat, sie war eine Diktatur. Punktum. Aber das sagt nichts bis wenig über das Leben der Menschen aus. Deshalb ist mir ein Satz in diesem Vorkapitel besonders wichtig, wonach die überwiegende Mehrheit versucht hat, ein anständiges Leben zu führen. Das gilt es aus meiner Sicht anzuerkennen.

Wir haben in den letzten 25 Jahren – und ich bin seit 24 Jahren Mitglied des Bundestages, also vermutlich eine der Dienstältesten hier – tatsächlich eine ganze Menge erreicht, auch was die Aufarbeitung angeht. Aber wir haben auch Defizite. Herr Wagner, wir haben gerade einen Teilbereich miteinander besprochen, nämlich die Frage der Zwangsarbeit in Gefängnissen der DDR. Dazu habe ich als Beauftragte für die neuen Bundesländer eine Studie in Auftrag gegeben. Ich habe außerdem eine Studie in Auftrag gegeben, die sich mit der Arbeit in den Jugendwerkhöfen beschäftigt, weil auch auf diesem Themenfeld ein Defizit besteht. Wir wollen natürlich die Studien, die

Herr Jahn und Herr Wagner in ihren Institutionen vorgelegt haben, mit unserer Arbeit verknüpfen. Wir wollen die Aufarbeitung weiter vorantreiben, denn eins ist klar: Die Aufarbeitung der Diktatur der DDR bleibt auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages und auf der Tagesordnung dieser Bundesregierung. Das Thema beschäftigt uns nach wie vor in allen möglichen Fachbereichen und es wird uns über den Tag hinaus auch weiter beschäftigen.

Wirtschaftliche Fragen – was ist in den letzten 25 Jahren passiert, was ist investiert worden – treten bei einer solchen Debatte über Grundsätzliches natürlich ein Stück weit in den Hintergrund. Es fällt mir deshalb schwer, jetzt über Städtebauförderung und Denkmalschutz zu reden, wenngleich das schöne Themen sind, weil dort sichtbare Erfolge vorzuweisen sind. Aber natürlich gibt es nach wie vor eine große wirtschaftliche Schwäche Ostdeutschlands im Vergleich zum Westen, die aus der Kleinteiligkeit der Wirtschaft resultiert und etwas mit der Deindustrialisierung Anfang der 1990er-Jahre zu tun hat. Die Wirtschaft in den neuen Bundesländern steht auf einem soliden Fundament mittelständischer Unternehmen, aber wir haben kein Dax-Unternehmen mit Sitz in den neuen Bundesländern. Und das hat natürlich erhebliche Wirkungen zum Beispiel auf die Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Die Bundesregierung versucht mit vielfältigen Programmen zu helfen, weil wir, wenn man sich die Vergleichszahlen anschaut, sehen, dass die Investitionen der mittelständischen ostdeutschen Wirtschaft in Innovationen nur ungefähr bei der Hälfte dessen liegen, was im Westen ausgegeben wird. So ist zu erklären, dass wir mit den öffentlichen Fördermitteln fast eine Verdoppelung der Mittel in Ostdeutschland erreichen. Wir versuchen, die Nachteile, die nach wie vor bestehen, auszugleichen. Ziel ist es auch, Größenwachstum zu unterstützen, damit stabile Strukturen entstehen.

Immer noch ein großes Problem stellt der Unterschied zwischen Ost und West bei Löhnen und Einkommen dar. Auch das unterschiedliche Rentenrecht, das immer wieder als Benachteiligung und als Abwertung der eigenen Lebensleistung empfunden wird, ist ein Problem. Die Koalition hat sich darauf verständigt, bis 2019 das Rentenrecht anzugleichen. 2016 soll das Gesetz vorgelegt



und überprüft werden, wie weit die Angleichungsprozesse gediehen sind. Dann soll entschieden werden, ob ein Zwischenschritt bei dieser Angleichung der beiden Rentensysteme nötig ist. Man muss natürlich sagen, so lange Löhne und Einkommen im Osten so deutlich niedriger sind – im Durchschnitt um 20 Prozent, im verarbeitenden Gewerbe liegt das Einkommen sogar erst bei 73 Prozent im Vergleich zum Westen – können dort keine guten Renten erwirtschaftet werden. Deshalb hängen die beiden Themen Löhne und Renten ganz entscheidend zusammen. Wir müssen zu einer stärkeren Tarifbindung kommen, müssen erreichen, dass Tarifverträge nicht mehr zwischen Ost und West unterscheiden. Wir haben als Politik den ersten Schritt dazu gemacht, nämlich den in Ost und West gleichen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt. Das war ein wichtiges Zeichen. Was die Tariflöhne angeht, sind natürlich die Sozialpartner, Gewerkschaften wie Unternehmen gefordert. Ich denke, auch das Thema Fachkräfte wird eine eigene Dynamik entwickeln, weil die Suche nach Fachkräften immer auch etwas mit der Bezahlung zu tun hat.

Es gibt verschiedene Themen, die im Bericht angesprochen worden sind und sehr detailliert dargestellt werden. Der Bericht liegt Ihnen vor. Natürlich ist er über das Internet abrufbar. Wer gedruckte Exemplare braucht, kann sich an uns wenden, wir haben noch ein paar im Haus. Ich freue mich jedenfalls, dass der Bericht zum ersten Mal nach etlichen Jahren wieder ein breites Echo gefunden hat, durchaus auch in den Medien und auch in den alten Bundesländern. Wir sind ja mitten in der Debatte über die Frage: Wie geht es weiter mit dem Solidarpakt II, der 2019 ausläuft? Wie geht es weiter in der Frage des Bund-Länder-Finanzausgleichs? Demzufolge ist es natürlich sehr spannend und interessant gewesen, die Kommentarlage zu sehen. Der Bericht ist auf ein breites Echo gestoßen und wird in den weiteren Debatten eine Rolle spielen.

Falls es Fragen gibt, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung, auch wenn es nach der Grundsatzdiskussion etwas schwierig ist, auf kleinteilige Daten und Fakten zurückzukommen.

Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Gleicke, für Ihren Bericht in Ihrer Eigenschaft als Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer. Natürlich müssen alle Facetten, die in Ihrem Verantwortungsbereich liegen, aufgezeigt werden, aber ich will trotzdem den Bogen wieder zu den Themen zurückschlagen, die durch unsere Gäste aufgeworfen worden sind. Ich habe Wortmeldungen vorliegen: Herr Selle hat sich gemeldet, Frau Hupach, Frau Lemke und Frau Lotze. Herr Selle, bitte schön.

Abg. **Johannes Selle** (CDU/CSU): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Ich bin beeindruckt von den Beiträgen und möchte am Anfang betonen, dass wir hier eine wichtige Diskussion führen. Wir haben die Diskussion unter die Überschrift „25 Jahre nach dem Mauerfall“ gestellt und besprechen die Situation, in der wir uns befinden. Mit meiner ersten Bemerkung möchte ich an das anschließen, was Frau Birthler gesagt hat, dass die Deutsche Einheit und die Wiedervereinigung international als ein großer Erfolg gewertet werden. Wenn ich im Rahmen meiner politischen Arbeit in afrikanischen Ländern unterwegs bin, dann heißt es dort: Ihr habt so viel geschafft, jetzt könntet ihr uns helfen. Es wird also erwartet, dass wir uns mit dieser Erfahrung stärker engagieren. Und wenn ich mit koreanischen Kollegen spreche, ist die Wiedervereinigung ein ganz großes Thema. Dieses Interesse des Auslands bemerken wir hier vielleicht gar nicht immer, wobei es sehr schwer ist, Ratschläge zu geben.

Uns liegt in guter Manier ein Bericht zum Stand der Deutschen Einheit vor, weil wir diesen Prozess von Anfang an professionell begleitet haben. Ich bin Frau Staatssekretärin Gleicke dankbar, dass sie eine so großartige Rede zur Einführung des Berichts im Plenum gehalten, sich auch mit Kritik nicht zurückgehalten, sondern zur DDR als Unrechtsstaat eine Bemerkung gemacht hat. Dass das Bild von außen so positiv ist, heißt nicht, dass im Innern alles unumstritten ist. Das ist hier heute deutlich angesprochen worden. Ich bin Ihnen, Herr Wagner, sehr dankbar, dass Sie zum Schluss gesagt haben: Selbst wenn wir auf alles verzichten müssten, wären wir dankbar, dass wir die Freiheit



haben. Das ist entscheidend.

In einer freien Gesellschaft muss man diskutieren können. Ich bin häufig zu Besuch bei den Opferverbänden, dann kommen die Beschwerden auf, die wirklich bedrücken. Ich finde, dass man noch einmal über Ihre Anliegen reden muss und denke, dass wir dafür in dieser Koalition ein offenes Ohr finden werden.

Ich selbst komme aus Thüringen. In Thüringen schlagen die Wellen gerade hoch. Ich kann hier in Berlin nirgendwo hingehen, ohne damit konfrontiert zu werden, was gerade in Thüringen passiert. In dieser Auseinandersetzung muss man Stellung beziehen.

Ich bin als Kind in Thüringen an der Grenze aufgewachsen. Ich habe dort eine schöne Kindheit verbracht, aber ich musste als Kind, wenn ich zur Schule wollte, einen Schlagbaum passieren, weil ich durch die 500-Meter-Zone an der Grenze musste. Selbstverständlich wurde man am Schlagbaum permanent kontrolliert. Überholte mich der Staatsanwalt, der mich natürlich kannte, dann wurde ich am Schlagbaum besonders scharf kontrolliert. Und dann funktionierte natürlich das Dynamolicht am Fahrrad nicht – eine Erfindung, die sich nicht bewährt hat. Also musste ich am nächsten Tag beim Abschnittsbevollmächtigten antreten. Unter diesem Druck und unter ständiger Beobachtung verging die Kindheit. Trotzdem war die Kindheit schön.

Mein Patenonkel wurde zwangsumgesiedelt, weil sein Sohn abgehauen war. Man merkt erst später, was das für die betroffenen Familien bedeutet hat. Meine Geschwister durften kein Abitur machen, ich dagegen wohl. Als Sohn eines Pfarrers gehörte man damals nicht zu denen, die den Anteil der Parteizugehörigen erhöhten, deshalb durfte man das Abitur nicht ablegen. So ist das gewesen, und heute diskutieren wir über den Unrechtsstaat DDR. Dass die DDR untergegangen ist, hat auch etwas damit zu tun, dass sie wirtschaftlich am Ende, dass sie abgewirtschaftet war. Die Menschen hatten ihre eigene wirtschaftliche Schwäche erkannt. Dann kamen der internationale Kontext und das Engagement der Bürgerrechtler hinzu. Die DDR war am Ende, sie war fertig.

Jetzt treibt uns die Sorge um, weswegen wir das Thema in Thüringen diskutieren, dass diese Zusammenhänge nicht erkannt werden, dass die alten Ideen weiter gepflegt werden. Das ist nicht nur eine Frage der Figur, die vorne steht, sondern eine grundsätzliche Frage. Deshalb ist es wichtig, dass wir darüber diskutieren und uns damit auseinandersetzen. Die theoretische Grundlage finden wir in den Grundsatzprogrammen. Deshalb darf ich der Partei DIE LINKE. schon einmal vorhalten, dass sie in ihrem Grundsatzprogramm 2011 – auch noch in Erfurt – beschlossen hat: „Mit der Mobilisierung von gesellschaftlichem Widerstand und dem Einsatz für eine grundlegende Umgestaltung machen wir uns auf den Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft.“ Und ich könnte weitere Zitate bringen: „Wir streben eine Änderung der Eigentums- und Machtverhältnisse an.“ Deshalb ist die Entscheidung in Thüringen für mich kritisch zu bewerten, nicht weil dort mit Herrn Ramelow ein Protestant aus dem Westen Ministerpräsident werden könnte.

Weil die Diskussion über den Stand der Deutschen Einheit noch nicht zu Ende ist, habe ich eine aktuelle sächsische Zeitung mitgebracht, in der der Vorsitzende der Linkspartei darüber schreibt, dass die Menschen, die sich für das Wohlergehen und für die Einmaligkeit des Sozialismusversuchs engagierten, der Begriff Unrechtsstaat in ihrer Ehre treffe. „Es mussten ich und mit mir viele andere auch schon weit Schlimmeres an übler Nachrede ertragen als dieses Doofwort. Meinen Stolz und mein Wissen um meine Biographie konnte mir damit niemand nehmen.“ Das gehört ebenfalls zur aktuellen Diskussion. Auch Kommentare von Bürgern finden wir dort reichlich: „Empört und voller Zorn haben wir zur Kenntnis genommen, mit welchem nachträglichen fiesem Verrat sich die Linke die Regierungsbeteiligung in Thüringen erkaufen möchte. Wir sind einfach nur wütend über so viel Charakterlosigkeit und Dummheit. Die Mehrheit der Mitglieder unserer Partei gehört zu einer Generation, die den Versuch der Gestaltung eines alternativen deutschen Staates wagte.“ Im Weiteren: „Wir fordern die gewählten Gremien unserer Partei in Sachsen und Chemnitz auf, zur denunziatorischen Beschreibung der DDR durch die Thüringer Linken Stellung zu nehmen und diese zu veröffentlichen.“ Ich könnte weitere Zitate vortragen, aber ich will nicht zu lange reden.



Der **Vorsitzende**: Herr Selle, Sie haben mir das Stichwort gegeben. Ich muss auf unser enges Zeitregime hinweisen. Ich tue das sehr ungerne, denn ich weiß, dass wir alle zu dieser Diskussion sehr viele persönliche Facetten beitragen könnten. Allerdings hatte ich einleitend auf unser ziemlich hartes Zeitregime hingewiesen, was der Qualität der Auseinandersetzung dann nicht gerecht wird. Eigentlich müsste jeder von uns die Gelegenheit erhalten, wirklich kultiviert Stellung zu nehmen, was wir an dieser Stelle nicht leisten können. Wir haben noch Frau Hupach, Frau Lemke, Frau Lotze und Herrn Dr. Lengsfeld auf der Rednerliste. Außerdem wird der Saal anschließend ab Viertel vor Fünf wieder gebraucht. Hier kämpfen wir noch um Karenz.

Ich bitte insofern um Nachsicht. Wir müssen in der Nachbereitung dieses Termins über ein Format nachdenken, in dem ein kultivierter Dialog in der Sache möglich ist, weil es ansonsten so wie jetzt bei reinen Statements bleibt. Ich bitte um Nachsicht und erteile Frau Hupach das Wort mit der Bitte, sich wirklich kurz zu fassen, nicht in zehn Minuten, nicht in fünf, sondern in zwei Minuten.

Abg. **Sigrid Hupach** (DIE LINKE.): Danke, Herr Vorsitzender. Zwei Minuten, da weiß ich nicht, ob das reicht, vielleicht werden es auch drei, aber zehn werden es nicht. Zunächst einmal vielen Dank an die Gäste, dass sie unserer Einladung in den heutigen Ausschuss gefolgt sind und uns ihre Ausführungen aus Sicht der jeweiligen Institution dargelegt haben. Vielen Dank.

DIE LINKE. definiert sich über ein klares Bekenntnis zu einer sozial gerechten und demokratischen Gesellschaft. Schon die PDS hat mit dem Stalinismus als System unwiderruflich gebrochen. Das gehörte zu ihrem Gründungskonsens und ist von der neugegründeten Partei DIE LINKE. mit zahlreichen Beschlüssen und Erklärungen erhärtet worden. Darin ist auch ein klares Bekenntnis enthalten, die wesentlichen Folgen der deutschen Teilung und der Diktatur der DDR aufzuarbeiten und das Unrecht, das in der DDR begangen wurde, nicht zu leugnen oder auszublenden. Gerade wir sehen uns hier in der besonderen Pflicht und Verantwortung. Deshalb noch einmal herzlichen Dank dafür, dass Sie da sind.

Die Partei als Ganzes steht zum demokratischen System. Wir weisen alle Versuche, die demokratische Gesinnung der linken Parteimitglieder und ihrer Wählerinnen und Wähler in Frage zu stellen, wie gerade auch durch den Bundespräsidenten geschehen, entschieden zurück. Und wir wenden uns ebenso entschieden dagegen, die DDR als Ganzes und damit auch die Bürgerinnen und Bürger, die in ihr gelebt haben, zu verurteilen. Wir sagen klar, dass es schweres Unrecht in der DDR gegeben hat. Die Fixierung aber auf den sogenannten Unrechtsstaat DDR, der hier schon mehrmals angesprochen wurde, weshalb ich dazu auch ein paar Sätze sagen muss, bedeutet eine Einengung der Perspektive und damit eine sehr einseitige Betrachtungsweise, ähnlich wie auch die Fixierung auf die Staatssicherheit eine Einengung und einseitige Betrachtungsweise hinsichtlich der Rolle der SED bedeutet und dem Alltag in der DDR eben nicht gerecht wird. Damit wird man der Lebenswirklichkeit in der DDR nicht gerecht.

Ich möchte dazu kurz Friedrich Schorlemmer zitieren, der in der vergangenen Woche in der Süddeutschen Zeitung etwas Treffendes gesagt hat: „Wer die DDR noch 25 Jahre nach ihrem Ende in toto zum Unrechtsstaat erklärt, der kann zu keiner differenzierenden Betrachtung des Lebens in diesem Land gelangen. Abgesehen von der Frage, ob das Diktum ‚Unrechtsstaat‘ überhaupt eine juristisch taugliche Bezeichnung ist: Es delegitimiert alles, was in der DDR gewesen ist.“ Und er fügte hinzu: „Diese Generaldelegitimation mag immer noch das Bedürfnis nach einem Feindbild befriedigen. Sie birgt aber die Gefahr, dass die DDR auf eine Stufe mit dem Nationalsozialismus gesetzt wird, was eine Verharmlosung von Judenmord und Angriffskrieg wäre.“

Die Notwendigkeit zur Aufarbeitung betrifft nicht nur unsere Partei, sondern die gesamte Gesellschaft. Weil das so ist, ist uns Linken auch die Arbeit ihrer Institutionen so wichtig. Meine Kollegin Dr. Lukrezia Jochimsen, die lange Jahre hier im Parlament gearbeitet hat, hat das immer wieder betont und hat die Notwendigkeit der Aufarbeitung in den Vordergrund gerückt, gerade auch im Hinblick auf die Tätigkeit der Stasi-Unterlagen-Behörde. Es darf kein Schlussstrich gezogen werden, war ihre Meinung, und die Aufarbeitung muss wissenschaftlich fortgesetzt



werden. Wir begrüßen nun, dass die schon lange von uns geforderte Expertenkommission zum Ende des Monats konstituiert wird und sich nicht mit der Abwicklung der Behörde, sondern mit einer Weiterentwicklung und der Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde beschäftigen wird – so sehe ich das, Frau Birthler. Dafür, finde ich, sind unabhängige Experten sehr gut geeignet. Wir hätten Frau Dr. Jochimsen hier heute gern im Ausschuss als Gast eingeladen, das wurde uns leider aus formalen Gründen von Seiten der Koalition verwehrt. Wir finden das sehr bedauerlich, denn sie hätte die Debatte erweitern und bereichern können.

Ich bin auch Thüringerin, deshalb noch zwei Sätze zum Schluss: Auch ich habe meinerseits Erfahrungen mit der DDR gemacht, wenngleich in einer etwas anderen Generation. Ich finde es nicht angemessen, dass hier heute die politischen Aktualitäten aus Thüringen zum Thema 25 Jahre Mauerfall eingespielt werden. Ich finde es unangemessen, irgendwelche einseitigen Leserbriefe oder einzelne Kommentare zu zitieren. Man könnte schließlich auch andere zitieren. Ich finde es unangemessen, dass der Untergang des Abendlandes prognostiziert wird, nur weil wir Linken vielleicht in Thüringen an die Regierung kommen könnten.

Der **Vorsitzende**: Steffi Lemke, willkommen in unserem Ausschuss.

Abg. **Steffi Lemke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich beobachte den Ausschuss intensiv, zum Beispiel dann, wenn Sie über das Bauhaus diskutieren. Vielen Dank für den Empfang.

Ich möchte mich zunächst Ihrem Petitem, Herr Vorsitzender, anschließen, dass wir darauf achten sollten, dass die Debatte, die wir hier führen, unseren Gästen und deren Statements gerecht wird, dass wir den Wünschen und Forderungen an die Politik, die die Gäste heute unisono geäußert haben, Rechnung tragen. Andere Debatten benötigen einen anderen Ort – Thüringen ist vielleicht nicht schlecht dafür.

Ich möchte mich zunächst bei Ihnen allen für die Vorträge bedanken. Im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit arbeite ich am

Thema Naturschutz mit und beschäftige mich gerade prioritär mit der „normalen“ Erinnerungskultur, mit „25 Jahre grünes Band“ und der DDR-Umweltbewegung. Deshalb war ich überrascht von der Konzentration und Vehemenz, mit der Sie Forderungen vorgetragen haben, von denen ich zumindest nicht bei allen wusste, dass sie noch so im Raume stehen. Es wird definitiv nicht ausreichen, dafür in der Koalition ein offenes Ohr zu haben. Sie hatten jetzt relativ lange Zeit, viele von diesen Forderungen aufzugreifen, was die Besserstellung von Opfern und einzelnen Opfergruppen betrifft, was die Sicherstellung der Finanzierung der jeweiligen Institution betrifft oder auch – das war beispielsweise für mich neu – einen Lehrstuhl für die Geschichte der DDR einzurichten. Ich glaube, das sind sehr konkrete Dinge, die für die Frage von Aufarbeitung und Erinnerungskultur und vor allem in Bezug auf die Angemessenheit des Umgangs mit den Opfern sehr praktische, faktische Verbesserungen darstellen würden. Wir werden uns des Forderungskatalogs, den Sie recht unisono vorgetragen haben, auf jeden Fall unterstützend annehmen. Aber vielleicht ist das gar nicht nötig, weil die große Koalition diese Fragen von sich aus verstärkt aufgreift.

Mir hat sehr zu denken gegeben, dass es für die Opfer vor allem schwer ist, wenn sie feststellen müssen, dass die Täter in weiten Teilen deutlich bessergestellt und dass auch Gerichtsverfahren nicht mehr zu erwarten sind. Sie sagten, dass die Täter sich nicht vor Gericht verantworten mussten und dass das in 99 Prozent der Fälle auch in Zukunft nicht mehr passieren wird. Ich glaube, dass wir auf diese Umstände noch einmal anders eingehen müssen als auf die Frage nach dem Unrechtsstaat. Diese Debatte ist für mich einfach unstrittig. Wer sich mit der Auskunft, es hätte damals das Recht gegeben, die DDR zu gründen, aus dem Diskurs verabschiedet, der wird den Opfern nicht gerecht.

Ich würde gern an Frau Birthler und an Herrn Jahn bezüglich der Zukunft der Behörde eine konkrete Nachfrage richten. Hinsichtlich der Forderungen habe ich keine Nachfragen, die sind ins Gepäck aufgenommen. Ich finde es richtig, dass darüber diskutiert wird, wie die zukünftige Aufgabengestaltung der Behörde aussehen soll. Es gibt nach 25 Jahren vielleicht eine Veränderung in



bestimmten Schwerpunktprofilen. Andererseits halte ich es für unstreitig, dass die Kernaufgabe der Stasi-Unterlagen-Behörde fortgeführt werden muss. Deshalb finde ich das Expertengremium richtig, aber ich glaube, dass einige Randbedingungen im Vorfeld bereits definiert sind und in dem Gremium über deren konkrete Ausgestaltung diskutiert werden sollte. Wir haben in unserer Fraktion diskutiert, hatten ursprünglich jemanden aus der eigentlichen Generation benannt, was dann aber nicht funktioniert hat. Es gab den Vorschlag, ob man nicht ganz bewusst jemanden aus der Nachfolgeneration einbeziehen sollte. Man kann die Entscheidung unterschiedlich bewerten, aber ich denke, jetzt sollten wir alle gemeinsam die Arbeit der Kommission unterstützen. Vielleicht können Sie, Frau Birthler, Herr Jahn, uns noch ein paar Gedanken dazu mit auf den Weg geben.

Ich glaube, dass viele Fragen bezüglich der Funktionsmechanismen von Stasi und SED-Diktatur noch nicht beantwortet sind, vor allem die Frage, wo Stasi und SED heute noch ganz konkret in Form ihrer Funktionäre weiterwirken. Diese Diskussion wird ja nicht nur im Thüringer Landtag geführt, sondern ist genauso in Wirtschaft und Verwaltung zu führen. Das ist eine Frage, die mich durch einen Artikel in der Wochenzeitung „Die Zeit“ in dieser Woche noch einmal sehr berührt hat. Wir werden sicher noch Gelegenheit haben, Sie beide in diese Diskussion einzubeziehen, aber vielleicht ist heute auch Gelegenheit, einige Gedanken diesbezüglich zu äußern.

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Lengsfeld, bitte.

Abg. **Dr. Philipp Lengsfeld** (CDU/CSU): Es freut mich, im direkten Anschluss an Frau Lemke sprechen zu können.

Der Anfang Ihrer Rede, Frau Hupach, hat mich doch sehr irritiert, denn das Thema Rolle der SED und Unrechtsstaat ist auch von unseren Gästen deutlich angesprochen worden. Wir haben uns hier nicht eingebildet, dass es dabei um ein sehr relevantes Thema geht und brauchen für diese Einschätzung gar nicht bis nach Thüringen zu schauen. Insofern muss ich Ihnen, Frau Kollegin Hupach, leider sagen: Sie haben genau das gemacht, was Sie dem Kollegen Selle vorgeworfen

haben. Sie haben hier eine Grundsatzrede gehalten, die, wenn Bodo Ramelow sie so vorgelesen hätte, die Krise in Thüringen sicher noch einmal massiv verschärfen würde. Ich weiß nicht, warum das unbedingt nötig war, denn ich glaube, das hat der Sache nicht sonderlich gedient.

Es ist ja heute hier schon viel gesagt worden, ich möchte trotzdem noch einmal aus unserer Sicht zusammenfassen: Die Bilanz der Erinnerungsarbeit über die Jahre ist sehr positiv. Deutschland ist ein Vorbild, was geleistet wurde, ist vorbildlich. Natürlich gibt es Herausforderungen, aber wir arbeiten ja daran, uns ist das wohl bewusst, Frau Lemke. Wir arbeiten mit der Expertenkommission an der Zukunft der Akteneinsicht. Wir kämpfen in jeder Haushaltsrunde um das Geld für die Bundesstiftung, und zwar mit großer Vehemenz auch jetzt wieder. Wir haben die Zukunft der Robert-Havemann-Gesellschaft und ihres Archivs fest im Blick. Bloß, wir sind eben auch nicht allein auf der Welt. Wir haben zwar eine breite Mehrheit im Deutschen Bundestag, aber wir müssen uns auch mit dem Land Berlin einigen. Trotzdem gibt es einen klaren Plan, das Archiv perspektivisch in den Campus für Demokratie überzuleiten und zu sichern. Der Campus für Demokratie befindet sich im Moment im Ideenstadium, ist aber hier im Ausschuss durchaus schon aktiv diskutiert und bewertet worden.

Selbstverständlich arbeiten wir auch die ganze Zeit über schon an den von Herrn Wagner dargestellten Themen, die naturgemäß am kompliziertesten sind. Frau Gleicke hat es angedeutet, die sozialpolitischen Dimensionen sind mit die schwierigsten. Das Thema Professur ist ähnlich kompliziert. Wir stoßen manchmal auch an die Grenzen unserer Möglichkeiten. Für den einzelnen Betroffenen, insbesondere denjenigen, der das Geld wirklich braucht, ist das natürlich eine schwierige Botschaft, Sie kennen das, Herr Wagner, ich bitte dafür um Verständnis. Ich plädiere aber immer auch dafür, die Grenzen einer sozialpolitischen Aufarbeitung zu sehen. Dabei bemühen wir uns natürlich trotzdem darum, im Einzelfall eine Lösung zu finden. Allerdings haben wir auch schon eine Menge getan. Sie haben das ja selbst dargestellt. Die Forderung nach einem Mahnmal ist eine sehr konkrete kulturpolitische Forderung, die wir hier bereits in verschiedenen



Zusammenhängen diskutiert haben, die wir im Blick haben und zu der Sie meine Position kennen. Die Debatte ist jetzt rund um den Jahrestag noch einmal befeuert worden mit der Resolution, die Sie dem Bundestagspräsidenten übergeben haben. Ich denke, das Thema wird in diesem Ausschuss weiter diskutiert werden.

Ich will es mit Blick auf die Zeit dabei belassen und nur noch einen Punkt erwähnen: Die Rolle der SED, das ist mehrmals gesagt worden, ist wichtig. Diese Rolle muss noch stärker dargestellt werden in der ganzen Komplexität der Geschichte, im Hinblick auf die Neugründung von Parteien, die Zwangsvereinigung, den demokratischen Block usw. Hier geht es ja auch um eine Verschleierung der Machtverhältnisse, weshalb die Diskussion nicht so einfach ist wie in Polen oder in anderen Ländern, wo es nur eine Partei, nur ein System gab, das so hieß, wie es war, nämlich kommunistisch. Und es gibt einen Punkt, der mir heute zu wenig anklangt: Desinformation. Wir können viel über die Macht und Gefährlichkeit von Desinformation aus der Aufarbeitung der DDR-Diktatur lernen. Das hat ganz tagesaktuelle Implikationen nicht nur in Thüringen, sondern in der Ukraine und anderswo. Wenn wir mehr über die Macht von Desinformation und über das systematische Belügen lernen, angefangen in den Schulen über die Medien bis zur Kultur, dann sind wir auch besser gerüstet für künftige Auseinandersetzungen.

Der **Vorsitzende**: Ich möchte mich zunächst bei Frau Lotze bedanken, sie hat nämlich auf ihre Wortmeldung für unsere Fraktion verzichtet, um es mir sitzungsleitend etwas leichter zu machen. Und damit beantworte ich indirekt auch eine Frage von Frau Lemke: Wir werden hier nicht den großen Dialog führen können. Ich würde allerdings unseren Gästen gern Gelegenheit geben, kurz zu antworten.

Wir werden in den Debatten in der Expertenkommission eine Fülle von Themen aufzurufen haben, die viele Spektren abdecken, die Sie angesprochen haben. Wir werden die angesprochenen Fragen auf jeden Fall behandeln müssen. Wir werden uns diesen Debatten stellen und sie abschichten, damit wir den einzelnen Argumenten in der gebotenen Konzentration und Tiefe

den notwendigen Raum geben können. Ich kann das zusichern und zusagen, denn es ist der feste Wille der Koalition, nicht wegzutauchen, sondern wirklich Lösungen anzustreben und dort, wo wir sie nicht erreichen können, die Gründe darzulegen, warum etwas nicht geht. Das muss sein, den Weg werden wir auf jeden Fall gehen.

Insofern schlage ich jetzt vor, dass Sie von Frau Birthler bis zu Herrn Dr. Weißbach noch kurz Gelegenheit zu einer Schlussbemerkung haben. Hier tagt anschließend der Beirat für nachhaltige Entwicklung. Das ist der Grund für die Eile, ich bitte um Nachsicht und um Verständnis bei unseren Gästen. Frau Birthler, Sie haben das Wort.

Marianne Birthler: Ich möchte mich nur dafür bedanken, dass Sie sich die Zeit und den Raum genommen haben, uns anzuhören. Den Dank möchte ich mit dem Angebot verbinden, jederzeit zur Verfügung zu stehen, wenn Sie oder Gremien, die in Ihrem Auftrag arbeiten, das für sinnvoll halten. Wenn Sie darauf zurückkämen, fände ich das schön.

Roland Jahn (Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik): Dem kann ich mich anschließen. Die Debatte hat gezeigt, dass es Bedarf gibt. In dem Sinne ist es gut, wenn auch im Ausschuss für Kultur und Medien Diskussionen stattfinden, wenn es die Zeit erlaubt. Aber man kann ja auch zu Abendveranstaltungen einladen, die Abgeordnete nach der Parlamentsarbeit besuchen und an denen sie sich beteiligen können. Auf alle Fälle gibt es noch einiges an Diskussionsstoff, gerade auch im Hinblick auf die hier heute konkret benannten Probleme.

In Richtung Expertenkommission kann ich nur sagen: Ich finde, es ist wichtig, dass man offen ist für Veränderungen. Aber Veränderungen haben immer das Ziel, es hinterher besser zu machen. Wir werden nichts zum Schlechteren verändern. Darüber muss konkret verhandelt werden. Dabei gibt es ein paar Eckpunkte, gerade bei den Dingen, die sich bewährt haben, wie der Aktenzugang, das Stasi-Unterlagen-Gesetz, die Frage der internationalen Symbolwirkung. Das alles muss berücksichtigt werden. Die Opfer dürfen nicht vor den



Kopf geschlagen werden, dass bei ihnen der Eindruck entstehen könnte, es würde etwas schlechter. Die Kompetenz und das Wissen, das in über 20 Jahren in der Behörde erarbeitet wurde, dürfen nicht auf der Strecke bleiben. Wenn man diese Kompetenz nicht nutzen würde, wäre das ja hinausgeworfenes Geld. In welchen Strukturen die Arbeit geleistet wird, das gilt es zu beraten. In dem Sinne, finde ich, sollte eine lebendige Diskussion geführt werden. Niemand hat ein Patentrezept, deshalb sollten wir alle gemeinsam über die weitere Entwicklung sprechen.

Dr. Anna Kaminsky (Geschäftsführerin Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur): Ich sage immer gern, das Glas ist halb voll und nicht halb leer, gerade was die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur, mit der kommunistischen Diktatur betrifft. Insofern, ich freue mich auf die nächsten Jahre und freue mich auch, dass dieses Gremium dem Thema gegenüber so aufgeschlossen ist.

Rainer Wagner (Bundesvorsitzender Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.): Obwohl ich auf einige Schwachstellen hingewiesen habe, sehen wir, was insgesamt herausgekommen ist, sehr wohlwollend und sind wir dankbar für die Entwicklung. Allein wenn ich die UOKG als Dachverband anschau: Vor sieben Jahren hatten wir drei Mitarbeiter, jetzt haben wir bis zu zwölf Leute. Allerdings sind alle in Projekten beschäftigt, in denen ihnen drei Monate vor Jahresende gekündigt werden muss oder sie sich vorsichtshalber beim Arbeitsamt melden müssen für den Fall, dass wir sie nicht behalten können. Unsere Leute betreiben zum einen die historische Aufarbeitung und zum anderen sind sie in der Beratung eingesetzt, die sehr wichtig ist und sehr gern angenommen wird. Insofern sind wir natürlich dankbar, dass es die Projektförderung gibt, aber eine größere Sicherheit wäre uns natürlich trotzdem wichtig.

Es gibt noch einen Punkt, der eben schon in einigen Beiträgen anklang: Die zukünftige Beschäftigung mit der DDR müsste noch stärker von dem Blick auf die Stasi als Unterdrückungsmechanismus weg und hin auf die Bedeutung der damaligen SED gerichtet werden. Ich habe das schon an

mehreren Stellen gesagt, dass ein SED-Schuldirektor Menschen mehr schaden konnte, als fünf kleine Spitzel, die über Alltagsgeschichten berichtet haben. Ich habe den Eindruck, dass man das aus den Augen verloren hat. Ein Stück weit mag das vielleicht sogar ein Trick gewesen sein, damit manche in Deckung gehen konnten. Es wäre also nach unserer Auffassung wichtig, künftig die gesamte Struktur stärker im Blick zu haben. Wir haben ja in den kommenden 25 Jahren die weitere Möglichkeit zur Aufarbeitung und dann leben vermutlich immer noch ein paar von den Betonköpfen. Aber vielleicht findet einer auch erst mit 85 Jahren zur Einsicht.

Dr. Olaf Weißbach (Geschäftsführer, Robert-Havemann-Gesellschaft): Was die BStU betrifft, wurde von Frau BIRTHLER alles Wesentliche gesagt, dem möchte ich mich voll und ganz anschließen.

Was uns, die Havemann-Gesellschaft, betrifft, so begehen wir im nächsten Jahr 25 Jahre Deutsche Einheit und 25 Jahre Robert-Havemann-Gesellschaft. Das wäre ein schöner Anlass, die institutionelle Förderung zu feiern. Wir von der Havemann-Gesellschaft würden Sie dann, weil Sie uns dabei unterstützt haben, gern zu dieser Feier einladen.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Dr. Weißbach.

Es erfolgt der Aufruf der Abstimmungen zu den Tagesordnungspunkten 2b und 2c; Ergebnis vgl. unten.

Herzlichen Dank. Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie so viel Geduld und Verständnis für den ungewöhnlichen Verlauf der Sitzung aufgebracht haben. Es sind viele Punkte inhaltlicher Art angesprochen worden und ich will abschließend eines sagen: In der Tat, Frau BIRTHLER, hat sich vieles verändert. Das sieht man schon in den Reihen der SPD-Fraktion bei denjenigen, die jetzt für diese Themen zuständig sind. Aber ich persönlich bin froh und dankbar, dass ich als im tiefsten Westen Geborener mich jetzt als Berichterstatter genau mit diesen Themen beschäftigen kann, um damit auch für mich selbst zu begreifen, nicht nur verbal zu bekunden, dass es um einen Teil unserer gemeinsamen Geschichte geht. In dem Sinn freue ich mich auch auf die Expertenkommission.



Die Kommission wird nicht allein auf die Expertise ihrer eigenen Mitglieder angewiesen sein, sondern es wird sich mit Sicherheit eine Fülle von externen weiteren Partnern einbringen. So werden wir eine qualifizierte Beratungsgrundlage für all die Themen bekommen, die hier aufgeschlagen sind. Deshalb freue ich mich auf die kommenden Jahre dieser Legislaturperiode. Auf dass wir es schaffen mögen, gute Akzente zu setzen, die auf breiter Ebene getragen werden.

Herzlichen Dank.

Zu Tagesordnungspunkt 2b

Schluss der Sitzung: 17:05 Uhr

Siegmond Ehrmann, MdB
Vorsitzender

Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme der Unterrichtung auf Drucksache 18/2665.

Zu Tagesordnungspunkt 2c

Der Ausschuss empfiehlt Ablehnung des Entschließungsantrags der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/2751 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.